Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Vereins-, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen [illegible] Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, [illegible] früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 58. Montag, den 10. März 1919. 26. Jahrg.

Nationalversammlung.

Weimar, den 8. März.

Die Sozialisierung. — Regelung der Kohlenwirtschaft.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr.

In Fortsetzung der Beratung des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft führt Henke (USD.) unter anderm aus: Die breiten Massen der Arbeiter erwarten mit vollem Recht aus der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Daß die Vorlage ohne Begründung erschien, wird von meinen Freunden sehr beklagt. Mit der Eile kann man sich nicht entschuldigen; denn die Sozialisierung des Bergbaues und einer ganzen Reihe anderer Betriebe ist eine einfache Aufgabe, deren Lösung die Arbeiter längst gefordert haben. Nach Ansicht meiner Parteifreunde kann die Sozialisierungsfrage nur auf dem Boden des stärksten Klassenkampfes gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen aus dem seelischen Gleichgewicht gekommen, haben aber auch Einsicht gewonnen in Wesen und Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihre Ungebärdigkeit in ihren Forderungen soll man zu verstehen suchen, statt sie einfach zu verurteilen und zu dem Satz zu kommen: Gewalt gegen Gewalt. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, daß die Schwierigkeiten gerade gegenwärtig sehr groß sind. Ein Fehler ist es auch, daß beim Bergbau nicht mit der Produktion angefangen wird. Gewiß bestehen Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Auslandskonferenz. Durch die Sozialisierung werden die Arbeiter anderer Länder ermutigt werden, uns zu folgen. Die Sozialisierung wird auch kein Hindernis für den internationalen Handel sein. Arbeitslust und der Idealismus der Arbeiter werden gewaltig angefacht werden. Wir stehen der Sozialisierung ruhig und nüchtern gegenüber. Ihre Schwierigkeiten sind groß. Man muß deshalb die genügende Vorsicht walten lassen, die aber in den Regierungsvorlagen zu weit geht. Ich hoffe, daß das Drängen der Massen draußen, das weitergehen wird, die Regierung dazu drängen wird, sehr bald mit weiteren, besseren Sozialisierungsvorlagen zu kommen.

Hugenberg (DNP.): Meine Partei wird entsprechend ihrem Programm mit jeder Art Sozialisierung einverstanden sein, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohles sprechen. Man kann aber nicht so sozialisieren, wie die unsinnig oberflächlichen Gesetzentwürfe es wollen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft. Wenn jetzt das Demagogentum der Straße sich dem Unternehmertum entgegenstellt und von der Regierung gestützt wird, so nehme man den Privatbetrieben das Lebenselement. Der sogenannte Selbstverwaltungskörper bei den deutschen Kriegsgesellschaften wird in der Praxis noch viel schlechter sein als die Verstaatlichung. Das deutsche Volk muß und will wieder ehrlich sein. Ohne freie Wirtschaft gibt es aber keine Ehrlichkeit. Die in dem Gesetz vorgesehene Ausdehnung des Rechts bedeutet weiter nichts, als daß der Zechenbesitz auf Umwegen ohne Entschädigung aus seinen sämtlichen Privatrechten herausgesetzt wird. Das ist die Verwirklichung des Kommunismus. Wird dieser Weg beschritten, so würde unsere Volkswirtschaft zugrunde gerichtet werden, und Sie alle werden später weinen. Die Gemeinwirtschaft wird eine Zwangswirtschaft sein, die sich bei jedem Kohlenverbraucher im Lande bemerkbar macht. Bei diesen Vorlagen wird unter Zustimmung der bürgerlichen Regierungsmitglieder das Ideal des gesamten deutschen Bürgertums aufgepflanzt. Durch Nachgiebigkeit will man dem Bolschewismus einen Damm entgegensetzen. Das Gegenteil wird eintreten. Wir stellen den Antrag, beide Vorlagen an einen Ausschuß zu verweisen. Unsere Bitte, die Vorlagen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückzuziehen, hat leider keine Aussicht auf Erfüllung.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Behauptung, die Regierung habe unter dem Drucke der Straße diese Vorlagen gemacht, weise ich auf das entschiedenste zurück. Mit solchen Behauptungen gibt man nur den Leuten, die uns durch die Gewalt auf die Straße zwingen wollen, die Ueberzeugung, daß sie in der Tat nur Gewalt anzuwenden brauchen, um etwas zu erreichen. Wir haben jetzt, wo der Augenblick dazu gekommen ist, angefangen, unser Regierungsprogramm zu verwirklichen. Bei der Eisenbahnverstaatlichung haben die Privateisenbahnbesitzer genau so getobt, wie jetzt Herr Hugenberg und seine Freunde, der auf das Haus den Eindruck eines schwergereizten Interessenten gemacht hat. Die Unterstellung, als sei das deutsche Volk unehrlich, weise ich entschieden zurück. Wir können die Ohren vor den Stimmen der Zeit nicht verschließen, gegenüber Verbrechen werden wir mit äußerster Entschlossenheit und unbeugsam die Gesetze handhaben. Ich mache kein Hehl, daß ich den Massenstreik in diesem Augenblick als politisches Kampfmittel verwerfen muß, er ist in diesem Augenblick ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke. Es ist aber Pflicht der Regierung, daß sie auf Torheiten nicht mit neuen Torheiten antwortet, sondern den berechtigten Kern herauszuholen sucht und so damit dem allgemeinen Wohle dient. Das glauben wir am besten zu tun, wenn wir nach den politischen Fesseln jetzt auch die wirtschaftlichen lösen, wenn wir die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitverwaltern des wirtschaftlichen Lebens machen. Was hier geschieht, ist ein wohldurchdachter Plan, der nicht scheitern kann. Was die Sehnsucht von Millionen Arbeitern in allen Ländern der Welt gewesen ist, seitdem es eine Arbeiterbewegung gibt, das soll hier zum ersten Male zur Tat werden. Darin soll die deutsche Republik das Vorbild der ganzen Welt sein, daß sie diese Tat entschlossen und ohne Zaudern ausführt. (Lebh. Beif.)

Molkenbuhr (SD.): Die Kapitalisten sind in manchen Betrieben vollständig überflüssig geworden. Nach dem Zusammenbruch der alten Gesellschaften müssen die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen. Es wird eingewendet, die Sozialisierung der Bergwerke erleichtere der Entente die Beschlagnahme. Im englischen und französischen Volke wird man eher geneigt sein, den schwerindustriellen Annexionisten etwas wegzunehmen, als dem gesamten deutschen Volke. Kein Mensch denkt in Deutschland daran, nach bolschewistischem Muster den Kapitalismus einfach zu zerstören. Die Sozialisierung in der vorgeschlagenen Form wird uns aus dem wirtschaftlichen Chaos herausbringen.

Imbusch (Z.): Mancher staunt heute über das Verlangen der breiten Massen nach Sozialisierung. Er würde nicht staunen, wenn er sich mehr in die Gefühle der breiten Volksmassen hineinversetzen kann. Trotz der glänzenden Entwickelung war doch unsere Wirtschaftsordnung nicht vollkommen und das Schlimmste war, der Arbeiter wurde bisher nicht als gleichberechtigt angesehen. Er kam nicht als Mensch zur Geltung, sondern nur als Arbeitskraft. Aber wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Während des Krieges wurde die Mißachtung des arbeitenden Menschen und die Vergötterung des Geldes auf die Spitze getrieben. Soll aber sozialisiert werden, so komme der Bergbau in erster Linie in Frage. Von einer entschädigungslosen Enteignung könne gar nicht gesprochen werden. Es ist ein alter Satz, daß die Bodenschätze der Gesamtheit gehören. Der Kohlenhandel ist längst ein Privatmonopol geworden, das jetzt durch ein Reichsmonopol ersetzt wird. Dazu sind gar nicht sehr weitgehende Eingriffe notwendig. Die Prophezeiungen von einem bevorstehenden Untergang sind nicht so tragisch zu nehmen. Gleiche Prophezeiungen in früheren Zeiten sind nicht in Erfüllung gegangen. Den Hauptwert legen wir auf eine Sozialisierung der Gewinne.

Hierauf wurden die Verhandlungen bis 3½ Uhr nachmittags ausgesetzt.

Nachmittagssitzung.

Wallbaum (DNVp.): Wenn die Regierung glaubt, durch diese Vorlage die revolutionären Gemüter beruhigt zu haben, so ist sie im Irrtum. Wir lehnen die Sozialisierung nicht grundsätzlich ab. Die Preispolitik des Kohlensyndikats hat zu einer enormen Belastung des deutschen Volkes geführt. Wäre man in der Schwerindustrie früher zu der Erkenntnis gekommen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzusehen, so manches wäre in den letzten Monaten unterblieben. Bei dem Mangel an Pflicht- und Verantwortungsgefühl in den Massen ist die Sozialisierung ein gewisses Experiment. Eine Gefahr liege auch darin, daß die Initiative der Unternehmer und Betriebsleiter nicht mehr so zu spüren sein wird, wie in der Vergangenheit. Wenn das Experiment der Sozialisierung nicht den gewünschten Erfolg hat, ist es mit unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber auf unabsehbare Zeit vorbei. Wir verkennen aber nicht, daß manche Betriebe von Staat oder Kommune in eigenen Betrieb übernommen werden können. Auch bei der Durchführung der Sozialisierung werden noch Millionen Arbeiter in Privatbetrieben tätig sein. Deren Lage müssen wir erleichtern, indem die Organisation der Arbeiter und ihre Berechtigung, an den Behörden mitzuarbeiten, anerkannt wird.

Reichsminister Giesberts: Das Kabinett ist in der Frage der Sozialisierung vollkommen einig. Die Vorlagen sind kein Zugeständnis an die Revolution, sondern sie sind ein Zugeständnis an den Geist der neuen Zeit. Wir stehen noch mitten drin in der sozialen Revolution. Wer sich ihr widersetzt, der treibt Deutschland in die Anarchie und das Chaos hinein. Eingriffe in das Eigentum werden kommen, und sie sind auch notwendig, denn die schrankenlose Eigentumsentwickelung, die wir vor dem Kriege gehabt haben, dieser überspannte Eigentumsbegriff ist nicht zuletzt der Untergrund der sozialen Uebel, unter denen wir zu leiden haben, und damit auch der Revolution selbst. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen könnte, würde bei weitem nicht so schlimm sein, als das, was durch das Kohlensyndikat den Verbrauchern zugemutet worden ist. Wenn auf die Gefahr des Bolschewismus hingewiesen wird, so wird gewiß niemand der Regierung vorwerfen können, daß sie nicht alle Machtmittel aufgewandt hat, um die Gefahr zurückzudämmen. Aber wer hat denn bei uns in Rheinland-Westfalen erst dieser Gefahr den Boden geebnet? Die Vertreter des Großkapitals, die jene russischen Arbeiter importiert haben, die jetzt die Träger des Bolschewismus sind. Es muß ein Weg gefunden werden, um die Arbeitsfreudigkeit zu erhalten, und das ist der Weg einer vernünftigen Sozialisierung. (Lebhafter Beifall.)

Koenen (USP.): Was jetzt geschieht, steht alles nicht im Einklang mit dem, was wir uns unter Sozialismus vorstellen. Aus dem jetzigen wirtschaftlichen Chaos kommen wir nur heraus, wenn die Arbeiter in großem Umfange an den Betrieben interessiert werden. Wenn Sie aus diesem Chaos heraus wollen, kommen Sie um das Rätesystem nicht herum. Das Rätesystem wird die Arbeitsunlust überwinden. Der Zorn der Arbeiter läßt sich mit Halbheiten nicht besänftigen. Die Zusammensetzung der Kohlenräte ist auf die Unternehmer zugeschnitten.

Reichswirtschaftsminister Wissell: Von einer freien Betätigung der Unternehmer kann unter der Herrschaft des Kohlensyndikats gar keine Rede sein. Herr Hugenberg nennt die Sozialisierung eine Zwangswirtschaft, aber einen größeren Zwang als im Kohlensyndikat wird es in der Sozialisierung nicht geben. Wir wollen keineswegs die Kriegswirtschaft mit ihren Fehlern und ihrer Bureaukratie und ihren Entbehrungen für das Volk verewigen. Wir wollen nicht die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe sozusagen zu einer riesigen, alles aufsaugenden Aktiengesellschaft machen, sondern wir wollen schaffende Menschen in der wirtschaftlichen Betätigung zusammenfassen in einheitlicher Selbstverwaltung. Der Geist der Unterordnung des einzelnen unter das Ganze muß das ganze Volk beherrschen.

Dr. Stresemann (DVp.): Die Syndikate lähmen die Freiheit der Initiative, noch mehr aber Staatsbetriebe. Betreffs der Kohle, die in nächster Zeit unser wichtigster Exportartikel sein wird, muß in den Beziehungen zum Auslande die Privatinitiative erhalten bleiben. Die Anteilnahme des Staates an der Gesamtwirtschaft kann man auch durch eine Steuergesetzgebung erreichen. Wenn man aber durch eine übertriebene Kontrolle einzelnen die Arbeit in Deutschland verleidet, dann entsteht die Gefahr, daß auch führende Kräfte unserer Industrie ins Ausland gehen, daß sie mit Kußhand aufnehmen würde. Mit diesen Zugeständnissen schafft man nur einen papiernen Wall.

Erkelenz (DDP.): Wir wollen keine wahllose Sozialisierung, die möglichst viel und möglichst schnell sozialisiert. Wir machen einen scharfen Schnitt zwischen den sogenannten natürlichen Monopolen und allen übrigen Industriezweigen. Mit großer Freude begrüßen wir die Ankündigung eines Arbeitsrechts. Im Rahmen dieses Rechts wünschen wir die Bildung von Arbeitskammern. Wir hoffen, daß aus dieser Gesetzgebung ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern hervorgeht. Das einigende Band muß stärker sein als das trennende.

Die Gesetzentwürfe gehen an den Reichshaushaltsausschuß.

Nächste Sitzung Montag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr. — Ernährungs-Interpellation. — Schluß nach 8 Uhr.

Das Ende des Berliner Wirrwarrs.

Noch nie hat sich ein Streik mit solcher Verworrenheit und Ziellosigkeit ausgezeichnet, wie der Berliner Generalstreik der letzten Woche. Schon vor Beginn des Generalstreiks bemerkte man große Unstimmigkeiten zwischen den Unabhängigen und Kommunisten. Am 1. März druckten die „Freiheit" und die „Rote Fahne" je eine Resolution der Konferenz der Vertrauensleute der Spandauer Staatsbetriebe ab, die die Forderungen der Streikenden enthielten, die sich aber beide von einander unterschieden, wie der Tag von der Nacht. Als dann am Montag die Vollversammlung der Berliner A.-Räte durch den Generalstreikantrag der Kommunisten und Unabhängigen überrumpelt wurde, wuchs die Zerfahrenheit ins Uferlose. Die Abstimmung der Arbeiterräte erfolgte nach stundenlanger erregter Sitzung im allgemeinen Tumult ohne jede Kontrolle. Nachdem der Generalstreik beschlossen war, begann man erst zu überlegen, wofür man eigentlich streiken wolle, und es wurden in größter Unordnung Forderungen, die aus der Versammlung erhoben wurden, ohne Debatte teils angenommen, teils abgelehnt. So wurde z. B. die Verhaftung der in Holland weilenden Hohenzollernhäupter beschlossen, die Verhaftung von — — Ebert, Scheidemann, Noske aber abgelehnt. Die Redaktion des von den Unabhängigen redigierten „Mitteilungsblattes" hat dann diesen ganzen Beschluß stillschweigend um die Ecke gebracht und ihn in die Streikforderungen überhaupt nicht aufgenommen.

Die Kommunisten und die Unabhängigen waren wohl in der Minderheit, aber sie waren die Mächtigeren, weil sie bis an die Zähne bewaffnet waren. So kam es, daß in den Berliner Großbetrieben und in einer Anzahl mittlerer Fabriken die Arbeit ruhte. Im Laufe der Woche zeigte sich nun, daß der Generalstreik nur der Mantel war, unter dem die Kommunisten ihre wahren Absichten verbargen. Die Plünderungen der ersten Stunden hatten sicherlich nichts mit Politik zu tun, aber leider nahm sich bald die berüchtigte Volksmarinedivision der Plünderer an, zog gegen die Regierungstruppen, die sich bis dahin die äußerste Reserve auferlegt hatte, bewaffnete Zivilisten und entfesselte so das fürchterlichste Blutbad, das die Geschichte der Berliner Revolution kennt. Die Volksmarinedivision segelt vollständig im spartakistischen Fahrwasser. Die starke Bewaffnung der Aufständischen (sie verfügten über zwei vollständige Batterien, Panzerautomobile, über schwere Minenwerfer, über Gasgranaten und Flieger) zeigt, daß man es hier mit einem von langer Hand vorbereiteten Aufstand zu tun hatte, durch den die Spartakisten zum drittenmal versuchten, die Herrschaft über Berlin und das Reich anzutreten. Der Generalstreik war nur ein Vorwand der Spartakisten, um mit Gewalt die Regierung zu stürzen und ihr Erbe anzutreten. Man kann auch nicht annehmen, daß die Unabhängigen von diesem Plane nichts gewußt haben. Vor nicht allzu langer Zeit erst hat die „Freiheit" der „Roten Fahne" zugerufen: Wir werden Euch Aktionen unterstützen, wenn wir die Zeit dafür als gekommen erachten. Die Gemeinschaft, in der die Unabhängigen mit der Spartakisten den Beschluß faßten, der Berliner Bevölkerung damit also auch der Arbeiterschaft, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu unterbinden zeigt, wie einig sich die beiden Richtungen in diesem Kampfe waren. Beide Teile trifft die gleiche Schuld an den Opfern der letzten Berliner Schreckenstage.

Ihr Ziel haben sie nicht erreicht. Die Volksmarinedivision wird aufgelöst und hat damit ihre Rolle in der Berliner Revolutionsgeschichte ausgespielt. Da das, was die Regierung zugestanden hat, bereits am Tage vor dem Berliner Generalstreik durch eine Proklamation des Reichsministeriums versprochen wurde, ist der Generalstreik völlig verpufft. Es geht nicht an, daß eine Minderheit, und sei sie mit noch so gewaltigen Machtmitteln ausgerüstet, auf die Dauer die Mehrheit eines Kulturvolkes vergewaltigen kann.

Bei der Arbeiterschaft und vor allem bei unseren Parteigenossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß derartige wilde Streiks wie sie in den letzten Wochen das Deutsche Reich erlebt hat, nicht wieder vorkommen. Die deutsche Volkswirtschaft kann sie nicht länger ertragen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, unter diesem Zeichen stand vom ersten Tage die deutsche Revolution, in diesem Zeichen solk und muß sie weitergeführt werden.

*

Aus den Berliner Vorgängen sei noch kurz zusammengedrängt folgendes nachgetragen: In der Vollversammlung der Arbeiterräte wurde Bericht über die Verhandlungen in Weimar erstattet, aus dem zu entnehmen ist, daß die Kommission größeres Entgegenkommen gefunden hat, als sie erwartete. Wegmann teilt mit, daß nach einem bei der Regierung eingegangenen Schreiben des Kriegsgerichtsrats Joern nunmehr alle wegen der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs Verdächtigen verhaftet seien. Ein kommunistischer Redner erklärte die Reise nach Weimar für überflüssig, denn die Zugeständnisse seien bereits seit Mittwoch bekannt. Jeder grundsätzlichen Stellungnahme zu den Beschlüssen der Räte sei geflissentlich ausgewichen worden, und die kommunistische Fraktion verlange die allerschärfste Fortsetzung des Generalstreiks. Däumig beantragte eine Resolution, worin erklärt wird, daß die Fraktion der Unabhängigen für diesmal auf eine Weiterführung des Generalstreiks verzichte, aber erklärte, daß sie die von der Regierung gemachten Zugeständnisse als völlig ungenügend ansieht und zu gegebener

Zeit wieder mit allen Machtmitteln zur Erringung ihrer unerfüllten politischen und wirtschaftlichen Forderungen auf den Plan treten werde. Kaliski von der sozialdemokratischen Partei erklärte, die geheime Urabstimmung sei ein elementares Recht der Arbeiter, das sie sich von den Räten nicht rauben lassen werden. Der Beschluß über die Abschneidung der Gas- und Wasserversorgung sei ein Verbrechen an den Kindern der Arbeiter. Der Antrag Däumig wurde angenommen, nachdem der Antrag der sozialdemokratischen Partei mit geringer Mehrheit abgelehnt war.

Die Spartakisten hatten auch die Volksbühne zu einer Festung umgewandelt. Das Bühnenhaus hat schwere Schädigungen erlitten. 100 000 Berliner Arbeiter gehören den beiden Volksbühnen als Mitglieder an. Die Volksbühne war der Stolz der Berliner Arbeiter, und den Spartakisten blieb die Schändung dieses Bildungsinstituts vorbehalten.

Eine bestialische Tat wurde am Freitag in der Frankfurter Allee gegen einen Soldaten verübt. Eine Menschenmenge beging Ausschreitungen, warf Anschlagsäulen um und schickte sich an, Barrikaden aus ihnen zu bauen. Dabei geriet ihr ein Soldat in die Hände, der auf sie geschossen haben sollte. Ihm wurden die Kleider so vollständig vom Leibe gerissen, daß er gänzlich nackt dastand. Er versuchte, so zu fliehen, wurde aber eingeholt und an eine Hauswand gestellt. Dann schleuderten ein paar junge Burschen gegen ihn Handgranaten, die ihn zerrissen und töteten.

Wie berichtet, ist der Schaden äußerst schwer. Das Warenhaus Tietz wurde ausgeplündert, das von Wertheim stark heimgesucht. Die Angaben über die Totenzahl schwanken zwischen 200 und 600. Verwundete werden über 1000 gemeldet. Die Regierungstruppen haben erhebliche Verluste.

Der Beschluß der Groß-Berliner Arbeiterräte lautet: „Der Generalstreik wird für beendet erklärt. Die Arbeiter werden aufgefordert, die Arbeit in den Betrieben am Montag wieder aufzunehmen. In den militärischen Betrieben erfolgt die Aufnahme erst nach Entfernung der militärischen Bewachung. Die Namen der wegen Streikvergehens Verhafteten sind dem Vollzugsrate bekannt zu geben, der für sofortige Freilassung Sorge zu tragen hat." — Nach der Abstimmung erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm auf der Galerie, von wo unflätige Worte gegen die Abgeordneten geschleudert wurden. Für den Beschluß hat sogar ein Teil der Kommunisten gestimmt.

Die Antwort der Regierung auf die Forderungen der Unabhängigen lautet: 1. Die Regierung wird in ihren Betrieben keine Maßregelungen wegen des Streiks vornehmen und wird auch die Unternehmer veranlassen, ein gleiches zu tun. 2. Die Freilassung der wegen des Streiks Verhafteten ist eine Angelegenheit der Gerichte bezw. des preußischen Staates; die Reichsregierung wird auch hier keine derartigen Maßnahmen ergreifen. 3. Ueber die sofortige Räumung aller militärisch besetzten Betriebe kann nur der Oberbefehlshaber Noske entscheiden. 4. Die Entfernung der freiwilligen Verbände aus Berlin ist vor Wiederkehr geordneter Verhältnisse unmöglich. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist Angelegenheit der preußischen Staatsregierung.

Streikende in Leipzig.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates und der Betriebsausschüsse wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit in allen Betrieben am Dienstag früh wieder aufzunehmen. — Auch in Erfurt ist der Streik beigelegt.

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den unabhängigen Hochburgen Leipzig und Erfurt kann der mitteldeutsche Streik als beendet angesehen werden. Namentlich in diesen Städten hatte er rein politischen Charakter, er bezweckte den Sturz der Regierung und die Beseitigung der Nationalversammlung. Dieses Ziel ist in keiner Weise erreicht worden. Was aber die übrigen Zugeständnisse anbetrifft, so wären sie wohl ausnahmslos ohne einen erbitterten Streik zu erreichen gewesen, der namentlich in Leipzig praktisch zu einer Selbstaushungerung der Arbeiterschaft geführt hat.

Ein gemeines Verbrechen wurde in Halle verübt. Am 4. März wurde Oberleutnant Klüber auf offener Straße von Spartakisten überfallen. Die Verbrecher schlugen ihn mit Knüppeln halb tot und warfen alsdann den Schwerverletzten in die Saale. Bei dem Versuch, das Ufer wieder zu erreichen, wurden dem unglücklichen Opfer gemeinster Mordlust beide Hände abgehackt. Abermals in das Wasser zurückgestoßen, wurde er schwimmend erschossen.

*

Aus Oberschlesien

werden mit der Zunahme des Streiks Unruhen gemeldet. In der Radzionkau-Gemeinde wurden die Vorräte gestürmt. Es wurden für etwa 90000 Mk. Lebensmittel, darunter 300 Zentner Roggen, geraubt. In Nikultschütz wurde der Bahnhof gestürmt, die Beamten mißhandelt und verjagt. Auf dem Bahnhof Sorgawerk wurden die Beamten verjagt und die Schienen aufgerissen. Die Führung bei diesen Ausschreitungen hatten auswärtige Elemente. Der vom Volksrat und Zentralrat der Provinz Schlesien über Oberschlesien rechts von der Oder verhängte Belagerungszustand wurde auf den Kreis Königshütte ausgedehnt.

Aus der Nationalversammlung.

Der Verfassungsausschuß

der Nationalversammlung nahm zu Art. 3 (Volksrecht) unter Ablehnung aller anderen Anträge den Antrag Haußmann an, wonach Art. 3 lautet: Für die Beziehungen des Deutschen Reiches zu auswärtigen Staaten sind die Staatsverträge, die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts und, wenn das Reich in den Völkerbund eintritt, dessen Bestimmungen maßgebend. — Nach Art. 4 (Beziehungen zu den auswärtigen Staaten) können in Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, die Gliedstaaten mit auswärtigen Staaten Verträge schließen unter Zustimmung des Reiches. Der Artikel wurde unverändert angenommen, ebenso in Art. 5 die Bestimmung, wonach die Verteidigung des Reiches zu Lande, zu Wasser und in der Luft Reichssache ist und die Wehrverfassung des deutschen Volkes durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt werden soll. Auf Vorschlag des Präsidenten Haußmann wurde die Einsetzung eines Redaktionsausschusses von fünf Mitgliedern beschlossen. Hierauf wurde über Art. 10 beraten, wonach Reichsrecht Landesrecht bricht. Referent Dr. Kahl schlägt vor zu sagen: Reichsrecht geht Landesrecht vor. Art. 10 wurde mit der Aenderung angenommen, daß statt „Landesrecht" gesagt wird: „Landrecht." Art. 11 wurde in der Fassung eines Antrages Delbrück angenommen, wonach die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes des Reiches in Streitfällen von den beteiligten Reichs- oder Landes-Zentralbehörden angerufen werden können. Art. 12: Inkrafttreten der Reichsgesetze 14 Tage nach Ausgabe des Reichsgesetzblattes in Berlin wurde mit der Aenderung angenommen, daß statt „Berlin" gesagt wird: „Reichshauptstadt".

Der Wirtschaftsausschuß

beriet am Freitag über die Kohlennot. Abg. Vögler (Dtsch. Vp.) führte aus, daß die Kohlennot in erster Linie auf der Transportnot beruhe. Die Arbeiterzahl habe zwar den Friedensstand wieder erreicht, es sei jedoch recht schwierig, Untertagearbeiter zu erhalten. Die Arbeitslust sei im Ruhrrevier erfreulich wieder gestiegen, ebenso die Förderung. Leider fehle es sehr an Lebensmitteln. Zur Kohlenförderung sei in erster Linie Speck notwendig. — Minister Koeth hebt hervor, daß wir die besten Lokomotiven abgeben mußten. Die Reparaturfrage stehe an erster Stelle, leider fehle es an Material. Eisenbahnwerkstätten und eine Anzahl Privatbetriebe seien flott bei der Arbeit. Oberbergrat Herbig bemerkte, die Förderleistung pro Kopf sei von 912 auf 553 Kgr. täglich gesunken. Ein anderer Regierungsvertreter teilte mit, daß der Versand betrug: vor dem Kriege täglich 50 000 Waggons, während des Krieges durchschnittlich 30 000, und im Januar 1919: 27 000 Waggons. Die Kohlenbestände der Eisenbahnen seien gering, die Elektrizitätswerke im Westen seien leidlich, im Osten schlecht versorgt.

Wollen die Gegner einlenken?

Die Alliierten haben bekanntlich die Auslieferung unserer gesamten Handelsflotte verlangt ehe sie sich bemüßigt fühlen, uns für einige Wochen Lebensmittel zu liefern. Das hat die deutsche Regierung mit Recht abgelehnt, denn alles hat einmal eine Grenze. Wir sind am Ende unserer Kräfte angelangt. Erhalten Deutschland und Deutsch-Oesterreich Lebensmittel, dann kann noch alles gut werden. Wenn nicht, treiben sie die deutsche Nation zur Verzweiflung und zur Politik der Verzweiflung, dann könnte sich wirklich der Damm gegen den Bolschewismus öffnen und Deutschland in der Wahl zwischen Hungertod und Tobsucht lieber noch den Wahnsinn wählen. Den Wahnsinn, der ansteckt wie die Pest und Europa zugrunde richtet. Nur noch ein paar Wochen hat Europa Gnadenfrist. Auf Clemenceaus und Lloyd Georges Haupt die Verantwortung.

Deutschland braucht, wie Unterstaatssekretär v. Braun Pressevertretern mitteilte, um das Volk arbeitsfähig zu machen, monatlich 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fleisch und Fett und insbesondere eine Million Tonnen Mais. Die fahrtbereiten deutschen Schiffe belaufen sich auf über eine Million Tonnen. Darunter sind sämtliche Personendampfer.

Nach den neuesten Meldungen scheint man sich in Paris zu besinnen, und man zerbricht sich jetzt nur noch den Kopf über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wir sollen für die Lebensmittel vor allem Rohstoffe ausführen, Kohlen, Kali und Stickstoff. Damit allein können wir unsern Bedarf natürlich nicht bezahlen. Es wird Sache unserer Unterhändler sein, garantiefähige Ausgleiche zu finden, wenn die Verhandlungen in Spaa wieder beginnen. Auf die vielen Telegramme und Funksprüche in dieser Angelegenheit wollen wir nicht näher eingehen; es handelt sich darin meistens um Vermutungen und viele Redensarten, die nur verwirren und trotz des ewigen Harrens doch nicht satt machen. Warten wir das sichere Ergebnis ab.

Der Rat der Zehn in Paris beschloß, die Blockade Oesterreichs einzustellen, damit die Nahrungsmittelversorgung des österreichischen Volkes sofort aufgenommen werden kann. Der Transport der Lebensmittel soll über Fiume und Triest erfolgen. Hoover, der mit dieser Aufgabe betraut wurde, teilt mit, daß er für die Versendung von Lebensmitteln nach Oesterreich bis zum Höchstquantum von 3000 Tonnen täglich garantieren könne. Gegenwärtig ständen 80 000 Tonnen Lebensmittel zur Verfügung, die in Triest und Fiume lagern.

Der Oberste Kriegsrat nahm grundsätzlich die Vorschläge Lloyd Georges an, wonach Deutschland die Bedingung auferlegt werden soll, ein Heer von nur fünfzehn Divisionen zu halten, das sich ausschließlich aus Berufssoldaten zusammensetzen soll, die sich für zwölf Jahre freiwillig verpflichtet haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichsverbändler und Spartakusmann.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der in anderthalbjährigem Bestehen 150 000 Mitglieder gesammelt hat und bis in die letzte Zeit hinein im erfreulichsten Wachstum begriffen war, ist nun auch von den Spartakisten und Unabhängigen gesprengt worden. Sie forderten den Rücktritt des Bundesvorsitzenden, Vorwärts-Redakteurs Erich Kuttner, und dieser Begründer des Reichsbundes erklärte auch, daß um seiner Person willen sein Kind, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, nicht zerteilt werden sollte. Aber die Spartakisten gaben sich damit nicht zufrieden, sondern bestanden auf der Annahme eines rein kommunistischen Programms mit Bekenntnis zur Weltrevolution und unter vollständiger Aufgabe der bisherigen parteipolitischen Neutralität der Kriegsbeschädigten. Als selbst die Mehrheit der Berliner Delegiertenversammlung diese Zumutung ablehnte, schieden Unabhängige und Spartakisten aus dem Reichsbund aus. Die Gesellschaft kann es nicht vertragen, wenn irgend eine Arbeiterorganisation nicht zertrümmert wird.

Der Hauptführer bei dieser Zersplitterungsarbeit ist der Berliner Gauleiter des Reichsbundes, Karl Tiedt, früherer Angestellter des Steinarbeiter-Verbandes. Dieser Karl Tiedt ist ein Schüler des Generals v. Liebert. Zum Redner ausgebildet wurde er in der Agitatorenschule des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, für den er dann eifrige Werbereisen im ganzen Reiche unternahm. Heute ist dieser Reichsverbändler Spartakist, natürlich nur auf Grund seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung und tiefen Einsicht in das Wesen des Sozialismus. Oder hat er vielleicht gefunden, daß er von innen heraus die Arbeitersache besser schädigen kann als von außen her als offener Feind? Eine saubere Gesellschaft, diese — „Edelanarchisten!"

Drohung mit der „dritten Revolution".

Der bayerische Rätekongreß hat die Nürnberger Vereinbarungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten, des Bauernbundes und eines Teiles der Unabhängigen angenommen. Die kommunistischen Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Die Kommunisten protestierten gegen ein Kompromiß und drohten mit der dritten Revolution. Der Kongreß vertagte sich nach der Abstimmung auf unbestimmte Zeit.

Die Untersuchungen des Mordes an Kurt Eisner ergab, daß Graf Arco allein ohne Beteiligung Dritter gehandelt hat. Der Attentäter auf Auer, der Metzger Adolf Lindner, konnte bis jetzt nicht festgenommen werden.

Rußland.

Die Rechtsschwenkung der Sowjet-Regierung. Wie ein russischer Funkspruch mitteilt, sind die russischen Sowjets zu den Verhandlungen auf den Prinzen-Inseln unter den nachstehenden von der Entente aufgestellten Bedingungen bereit: 1. Wiederherstellung der annullierten Anleihen; 2. Verzicht auf revolutionäre Propaganda; 3. Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der Verbündeten durch Konzession und Gebietsabtretungen. — Die russischen Funksprüche sind mit Vorsicht aufzunehmen. Sie sind vielfach auf Täuschung berechnet, die auch aus dem vorliegenden zu schließen sein dürfte. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Bolschewisten über Nacht zu Bedingungen bereit erklären, die ihre bisherige Gewaltpolitik über den Haufen wirft.

Türkei.

Ministerwechsel. Das Kabinett Tewfik Pascha ist zurückgetreten. An seiner Stelle ist ein ententefreundliches Kabinett unter Damad Ferid Pascha gebildet worden.

England.

Ausschreitungen kanadischer Truppen. Im Lager von Rhyl in Wales haben ernste Unruhen stattgefunden. Vorräte wurden geplündert. Die Unruhen sind dadurch entstanden, daß die kanadischen Truppen, die über drei Jahre an der Front in Frankreich standen, darüber unzufrieden waren, daß andere Kanadier, die sehr viel später an die Front kamen, vor ihnen nach Hause geschickt wurden. Die Unruhen wurden unterdrückt. Die kanadischen Militärbehörden haben die Ordnung wiederherstellen können, ohne daß eine Hilfe britischer Truppen nötig war. Eine Anzahl Mannschaften, die geschossen hatten wurden verhaftet. 12 Leute, darunter 2 Offiziere, wurden getötet und 21, darunter 2 Offiziere, schwer verwundet. Nach dem letzten Bericht wurden 12 Personen, darunter ein [illegible] getötet. Als später versucht wurde, die Meuterer von den Offiziersquartieren fernzuhalten, wurden drei Offiziere totgetreten und ein Offizier so schwer mißhandelt, daß er starb.

Die deutschen Kriegsgefangenen. Im Unterhause machte Churchill die Mitteilung, daß die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in England 100 358 betrage. Von diesen haben 62 697 Beschäftigung im Ackerbau, Waldbau, in den Steingruben und auf den Werften oder bei der Unterhaltung der öffentlichen Wege gefunden.

Kleine politische Nachrichten.

Die preußische Landesversammlung wird am 13. März im Abgeordnetenhause eröffnet.

Unser alter Genosse Blos wurde von der Württembergischen Landesversammlung mit 100 von 129 abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt.

Der militärische Befehlshaber hat den Belagerungszustand über das elsässische Industriegebiet verhängt. Der Industriearbeiterstreik ist im Abflauen. Die Propaganda gewisser Gesellschaftsschichten wurde mit der Ausweisung von über 200 Agitatoren beantwortet.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 10. März.

wb. **Eine Bezirkskonferenz der Jugendausschüsse von Mecklenburg-Lübeck** tagte am gestrigen Sonntag im Gewerkschaftshause zu Wismar. Den Vorsitz führte Genosse Kröger-Rostock. Dieser referierte zunächst über die Agitation. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Lange-Schwerin, Bromme, Teß und Beese-Lübeck, Schultz-Rostock, Wassillow und Feldhusen-Güstrow und Brodmüller-Lübeck. Es wurde beschlossen, in allen Orten, wo Partei- und Gewerkschaftsorganisationen vorhanden sind, um Ostern herum ein Flugblatt — besonders auch unter den Schulentlassenen — zu verteilen und im Anschluß daran, überall dort, wo es möglich ist, Versammlungen zu veranstalten. Jeder Jugendausschuß hat die in seiner Nähe liegenden Orte agitatorisch zu bearbeiten. Hierauf schritt man zur Beratung der eingelaufenen Anträge. Ein Antrag Lübeck: Den Jugendorganisationen die feste Vereinsform zu geben, wurde empfohlen. Die Frage soll diskutiert, ein Musterstatut versandt und dann in einer im Juni stattfindenden Konferenz die Entscheidung gefällt werden. Weiter wurde beschlossen, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres den Sitz des Bezirksjugendausschusses von Rostock nach Lübeck zu verlegen. Einen weiteren Antrag Lübeck, die Zentralstelle zu ersuchen, wenn möglich noch in diesem Jahre eine Reichsjugendkonferenz einzuberufen, wurde ebenfalls zugestimmt. Ein Antrag Schwerin, auch für die Mädchen Fortbildungsschulunterricht einzuführen und die Unterrichtsstunden in die Tagesstunden zu verlegen, soll an die zuständigen Stellen weitergegeben werden. Weiter wurde beschlossen, den diesjährigen Jugendtag zu Pfingsten in Lübeck abzuhalten. Der Ende nächsten Monats stattfindende Bezirksparteitag soll sich auch mit der Jugendbewegung beschäftigen. Auf der nächsten Bezirkskonferenz im Juni soll die Lehrlingsfrage eingehend diskutiert werden. An der Konferenz nahmen 27 Delegierte — 12 Erwachsene und 15 Jugendliche — teil.

Wo treiben wir hin? Wir erhalten folgende Zuschrift: Im „Lübecker Volksboten" vom 5. d. M. beschäftigt Herr Ehlers, 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Lübeck des deutschen Metallarbeiterverbandes, sich mit meinem im „G.-A." veröffentlichten, übrigens auch dem „Lübecker Volksboten" mit der Bitte um Aufnahme zugegangenen Schriftsatz „Wo treiben wir hin". Er scheint daraus den Eindruck gewonnen zu haben, daß ich schon jetzt die Löhne abbauen will und fordert statt dessen zunächst Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Ich halte eine Verbilligung dieser Gegenstände in der nächsten Zeit für ganz ausgeschlossen, so ist aus meiner Abhandlung leicht zu entnehmen, daß die Lebensmittel aus dem Auslande, auf die wir leider angewiesen sind, weit teurer sein werden als die hiesigen. Infolgedessen ist nach meiner Meinung an ein Abbauen der Löhne zurzeit garnicht zu denken! Was ich will, ist: Arbeiten und wieder arbeiten in Ruhe und Ordnung, damit wir Austauschware nach den Seehäfen schaffen und damit die Ausländer wieder Zutrauen zum Deutschen Volke bekommen und uns Ware anbieten. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles erblicke ich in möglichst einheitlichen richtig abgestuften Lohnsätzen, auf längere Zeit vertraglich festgelegt, damit nicht soviele mißmutig nach einer anderen Gruppe blicken, welche mehr bekommt, sondern ein jeder wieder zufrieden an die Arbeit geht, damit auch ferner jeder Unternehmer und Kaufmann wieder ausrechnen kann, was ein Bau, eine Ware kosten wird. Viele Privatleute müssen oder möchten bauen. Wenn sie aber heute einen Unternehmer fragen, was kostet das? so antwortet der: „Das kann ich nicht sagen, denn der jetzige Tariflohn ist bereits gekündigt und was nachher ist, weiß man nicht." Infolge dieser Unsicherheit unterbleiben private Aufträge und Arbeitsmöglichkeiten. Mögen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber möglichst bald auf neue Lohnverträge einigen und es nicht erst zu neuen Lohnkämpfen und Arbeitseinstellungen kommen lassen. Busemann.

Senator Possehls Testament

ist in der vergangenen Woche eröffnet worden. Der größte Teil des nach vielen Millionen zählenden Vermögens — die Summe wird nicht angegeben — soll dem Staat unter dem Namen Possehl-Stiftung zufallen. Vorweg hat er zwei Millionen für eine Familienstiftung bestimmt; für seine Frau sind 5 Millionen, für seine Tochter eine Million ausgesetzt. 100 000 Mk. sollen sofort an wohltätige, gemeinnützige, kirchliche und für Schulzwecke dienende Gesellschaften verteilt werden und je 100 000 Mk. die Unterstützungkasse und die Witwen- und Waisenkasse des Senats erhalten. Der gesamte Rest des Nachlasses soll einer Stiftung zufallen, welche den Namen Possehl-Stiftung tragen soll. Die Stiftung soll wie es wörtlich weiter heißt, 1. der Förderung alles Guten und Schönen in Lübeck. Vor allem sollen ihre Mittel verwandt werden a) zur Verschönerung der Stadt Lübeck und ihrer öffentlichen Anlagen, b) zur Unterstützung gemeinnütziger städtischer Unternehmungen, insbesondere soweit dieselben auf Ertüchtigung und Ausbildung der Jugend hinwirken, c) zur Pflege von Kunst und Wissenschaft, d) zur Unterstützung von Handel, Schiffahrt, Industrie und Gewerbe, insbesondere zu werbenden Zwecken und nicht minder zur kaufmännischen, seemännischen, industriellen und gewerblichen Ausbildung der Jugend, e) zur Förderung der Volkswohlfahrt, vor allem zur Fürsorge für die Invaliden des gegenwärtigen Krieges, auch der früheren und künftigen Feldzüge sowie für Hinterbliebene gefallener oder infolge ihrer im Kriege erworbenen Wunden und Leiden erlegener Krieger. Es ist mein Wunsch, daß die verwendbaren Einkünfte der Stiftung in gleichen Beträgen den vorstehend unter 1 a bis e aufgeführten Zwecken dienstbar gemacht werden. Soweit dabei aber einer dieser Zwecke offenbar zum Ueberfluß bedacht werden würde, soll eine andere Verwendung der Einkünfte im Rahmen des Stiftungszweckes erfolgen, und zwar in erster Linie zugunsten der vorstehend unter b erwähnten Zwecke. 2. Die Stiftung soll weiter die erforderlichen

Geldmittel zur Verfügung stellen zur Aufrechterhaltung der von mir ins Leben gerufenen geschäftlichen Unternehmungen, soweit und solange dieselben im Interesse der Stiftung fortgeführt werden, sowie etwaiger von der Stiftung selbst begründeter neuer Unternehmungen. Sie hat insbesondere zu diesem Zweck die von mir im Interesse dieser sämtlichen Unternehmungen abgeschlossenen vertraglichen Abmachungen einzuhalten. In den Rahmen des Stiftungszweckes fallen nicht solche Ausgaben, die nur zur Erleichterung der Steuerlast dienen würden, deren Aufwendung für den Staat oder die Gemeinde notwendig ist, und die bei verständiger Finanzwirtschaft von dem Staat oder der Gemeinde selbst zu tragen sind. Denn ich erachte es für die Erhaltung eines gesunden Staatshaushaltes für gegeben, daß die normalen Bedürfnisse durch die eigenen Einnahmen und durch die Steuerkraft der Bürger befriedigt werden. Ich füge diesem meinem Testament den Entwurf einer Satzung der Possehl-Stiftung bei und spreche den Wunsch aus, daß die Stiftung auf Grund dieser Satzung ins Leben gerufen wird. Selbstverständlich ist es, daß die von mir hinsichtlich des Zweckes der Stiftung getroffenen Bestimmungen einer Aenderung nicht unterzogen werden dürfen. Im übrigen aber überlasse ist es meinen Testamentsvollstreckern, welche alsbald nach meinem Ableben die Genehmigung der Stiftung herbeizuführen haben werden, etwa erforderliche Aenderungen des Satzungsentwurfes vorzunehmen.

Ausbeutung der Erwerbslosenfürsorge. Eine verschärfte Nachprüfung der bei der Erwerbslosenfürsorge anhängigen Fälle hat, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ergeben, daß einzelne Personen sich die Unterstützung zu Unrecht zu verschaffen gewußt haben. So hat ein Makler durch Vermittlung von Hauskäufen erhebliche Provisionen verdient, aber gleichwohl daneben die Erwerbslosenunterstützung bezogen. Nach Ermittlung des Falles ist der Unterstützungsempfänger veranlaßt, die empfangene Unterstützung zurückzuzahlen. Auch zwei Hafenarbeiter sind festgestellt, die vollen Verdienst gehabt und nebenher die Erwerbslosenunterstützung sich zu verschaffen gewußt haben. Mehrere Fälle ähnlicher Art werden zurzeit verfolgt. Die Kontrollmaßnahmen der Erwerbslosenunterstützung sind dermaßen verschärft, daß hoffentlich Aufdeckung aller derartiger Fälle möglich sein wird. Sollten diese Fälle sich häufen, wird auch Strafanzeige wegen Betruges zu erstatten sein, denn die Erwerbslosenfürsorge muß auf alle Weise darauf Bedacht nehmen, sich vor Ausbeutungsversuchen zu schützen; andererseits muß allerdings nachdrücklich betont werden, daß derartige Ausbeutungsversuche die Ausnahme bilden und nur in vereinzelten Fällen vorgenommen werden. Die vielfach geäußerte Meinung, daß Arbeitslosenunterstützung in großem Umfange zu Unrecht bezogen wird, trifft nicht zu; wenn dem Arbeitsamt derartige Einzelfälle mitgeteilt sind, hat sich des öfteren die Haltlosigkeit der behaupteten Tatsachen ergeben.

Professor Dr. Baumgarten-Kiel hielt am Sonnabend in der Aula der Ernestinenschule für die Gesellschaft für soziale Reform einen Vortrag über die Frage „Was nun?" Arbeiten und nicht verzweifeln", sei die Antwort darauf. Nur dadurch werden wir den Fieberparoxismus überstehen, der heute von außen und innen an unserem Volkskörper nagt. Unsere Gedanken müssen über das nächste halbe Jahr hinausgehen, in eine Zeit, in der wieder gearbeitet und gebaut würde. Auf dem Gebiete der sozialen Reform sei die Hauptarbeit in der Zukunft zu leisten. Und die Gesellschaft für Soziale Reform muß hauptsächlich in bürgerlichen Kreisen tätig sein. Die Revolution, die er längst habe kommen sehen, weil er in Arbeiterkreisen verkehre, müsse als eine vollzogene Tatsache anerkannt werden. Es sei ein Entwickelungsgesetz daß durch eine Revolution eine neue Gesellschaftsschicht von unten auf zur vollen Auswirkung seiner Rechte und seiner Lebenswirkung gelange. Das Bürgertum habe zu brechen mit seinem eingelebten Privilegienstandpunkt. Jede Einbildung von Vorrechten müsse verschwinden. Die Demokratisierung im Innern zur Wahrheit werden. Es gelte die Erhebung Deutschlands aus seiner tiefsten Schmach und Erniedrigung. Keine Schicht dürfe Anspruch auf Vorrechte machen. Man müsse aber schonendes Mitgefühl haben mit den Führern der Revolution, die aus ihrer herrschenden Stellung wieder in Reih und Glied zurücktreten sollen. Diese müßten ihren Fähigkeiten entsprechend bei der Sozialisierung mitwirken. Unsere Arbeiterführer, die jetzt in der Regierung sitzen, erlebten heute tagtäglich, welch großer Unterschied ist zwischen einer theoretischen Idee und der Praxis des Lebens. Jetzt gelte es auch, die große Idee der Einheitsschule in die Praxis umzusetzen. Das werde nicht so mir und dir nichts, nicht auf einen Hieb, durchzuführen sein. Die völlige Sozialisierung würde sich auf ein Jahrhundert und länger erstrecken. Die Voraussetzungen des Sozialismus müßten erst erfüllt sein, bevor der Sozialismus gesellschaftliche Einrichtung ist. Der Redner besprach dann die einzelnen Arbeitsgebiete der Gesellschaft. Förderung des Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Internationale Regelung desselben. Ueberhaupt müßte die Internationalität auf die Fahne der Gesellschaft für soziale Reform geschrieben werden. Man möge jetzt über den Völkerbund denken, wie man wolle. Kommen würde er doch. Vorläufig müßte auch das Arbeiterrecht ausgebaut werden. Der Arbeiter lebe nicht von Brot allein. Gleich nach der Revolution setzte der Ruf ein, nach der Einheitsschule, Fortbildungsschule, Volkshochschule. Die sozialpolitische Reaktion habe zu weichen, dem sozialen Gedanken gehöre die Zukunft. Lebhafter Beifall wurde dem prächtigen Rhetoriker gezollt. In der Debatte sprach zunächst der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe Herr Dr. Hartwig. Ihm folgte Herr Dr. Schomburg, der im Sinne der Bodenreformer die Wohnungsreform, das Siedelungswesen und Heimstättenrecht behandelte. Dann sprach Genosse Bromme, der zunächst bedauerte, daß die Arbeiter so wenig in der Versammlung vertreten waren. Die Sozialisierung wäre auch ohne die Revolution gekommen, weil anders die finanziellen Lasten gar nicht zu tilgen gewesen seien. Wenn auch in der heutigen Gesellschaft das von Proudhon erstmalig propagierte Recht auf Arbeit nicht möglich sei, so hätte doch jeder ein Recht auf Existenz. Weil die Gesellschaft eine so großzügige Arbeitslosenversicherung noch nicht geschaffen, falle jetzt die Erwerbslosenunterstützung der Allgemeinheit zu lasten. An dem Streikwahn im Innern trage die unzureichende Ernährung die Hauptschuld. Der Spartakismus sei eine Hungerseuche. Es sei bedauerlich, daß seine Träger nicht einsehen, daß nur Arbeit, Ware gegen Ware, das Los des deutschen Volkes bessern kann. Die Internationale der Arbeiter würde bald wieder erstehen und dann würde man sich auch gegenseitig wieder verstehen. Das gleiche Ziel habe auch die Gesellschaft für soziale Reform, gegenseitiges Verständnis aller Volksgenossen. Herr Reimpell trat Bromme entgegen. Zwischen diesem und Herrn Fabrikdirektor Asch entspann sich eine Debatte über Lohn und Akkordarbeit. Nachdem noch Herr Pastor Mildenstein gesprochen, hielt Professor Baumgarten ein außerordentlich wirkungsvolles Schlußwort.

Ein Plattdeutscher Abend veranstaltet von den Schülern des Johanneums zum Zwecke der Stiftung einer Gedenktafel für die Schüler, die im Kriege gefallen sind, fand am Sonnabend in der Aula des Johanneums statt. Das umfangreiche Programm wies Gesangvorträge, Deklamationen und Rezitationen heiteren und ernsten Inhalts auf. Die sehr zahlreich erschienenen Zuhörer verfolgten das gut zum Vortrag Gebrachte mit großem Interesse und spendeten reichen Beifall.

Hansatheater. Neu einstudiert geht am Dienstag die beliebte Operette „Der verliebte Herzog" in Szene, in welcher Edgar Vauly den Hofmarschall Nepomuk singen und tanzen wird. Am Mittwoch abend wird Herr Bechmann nochmals an Stelle des erkrankten Herrn Hoenselaers den Klaus Kersting in „Drei alte Schachteln" singen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Februar in 103 Fällen gemeldet. Davon betrafen 69 Fälle (2 tödlich verlaufen) Diphtherie, 19 (1 tödlich), Scharlach, 8 (2 tödlich) Fleckfieber, 6 (2 tödlich) Typhus, 1 Masern.

* **Bei einer Herbergsrevision** wurde ein Mann angehalten, der einen mit Wäsche gefüllten Rucksack bei sich führte. Die Wäsche, bestehend aus zwei rotkarierten und zwei weiß-geblümten Bettbezügen, zwei grauen Handtüchern mit Hohlsaum und grüner Kante, einer wollenen Decke mit roten und blauen Streifen, ein Paar neuen Militärstiefeln, einem rötlichen neuen Taschentuch und einem weißleinenen Handtuch, rührt offensichtlich aus einem Diebstahl her, da der Angehaltene zweifelhafte Angaben über den Erwerb der Wäsche machte.

* **Verhaftete Wäschediebin.** Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin, die sich in verschiedenen Hotels einlogiert und bei dieser Gelegenheit Bettwäsche gestohlen hatte.

* **Mißglückter Einbruch.** Festgenommen wurde ein Heizer, der mit einem ebenfalls festgenommenen Komplizen in einem Räucherkaten eingebrochen war. Die Diebe waren jedoch verscheucht worden, und mußten sie 2 volle Säcke mit Räucherwaren im Stich lassen.

Hamburg. Ein furchtbares Versehen. Am Freitagabend kurz nach 10 Uhr ereignete sich in der Partelsstraße ein erschütternder Vorfall. Zur angegebenen Zeit kehrte der Polizeioberwachtmeister W. mit seinem im Sicherheitsdienst tätigen Sohn Paul nach der Wohnung zurück. Beim Betreten der Terrasse Nr. 18 hörte man Einbrecher am Werk, weshalb Paul W. in die Wohnung eilte und sein Dienstgewehr holte. Als er auf die Terrasse zurückkehrte, sah er den Einbrecher davonlaufen. Gleich darauf trat aus dem Dunkel noch ein Mann auf W. zu. W. glaubte, noch einen der Einbrecher vor sich zu haben, der einen Angriff auf ihn beabsichtigte, und schoß auf den im Dunkel stehenden Mann. Die Kugel traf den vermeintlichen Einbrecher ins Herz und tötete ihn auf der Stelle. Nun erst entdeckte W., daß er einen unschuldigen Menschen und zwar seinen Freund den Sicherheitswachtmann Walter Neckermann erschossen hatte, der im Hauseingang auf W. gewartet hatte. Andere Sicherheitsmänner beteiligten sich an der Verfolgung der fliehenden Einbrecher und schossen, da diese auf Anruf nicht stehen blieben, auf die Flüchtlinge. Hierbei wurde einem der Einbrecher mit Namen Faßmann ein Arm zerschmettert. — Für 60 000 Mark Stoffe gestohlen haben Einbrecher an den Vorsetzen 34, indem sie sich durch Anbohren Zutritt zum Lager verschafften.

Rendsburg. Zwei Kinder durch einen Zünder verletzt. Die beiden 8 und 11 Jahre alten Söhne des Arbeiters Sachse spielten in der Wohnung. Plötzlich gab es einen lauten Knall und beide Kinder lagen in ihrem Blute. Während dem jüngeren Knaben drei Finger der rechten Hand abgerissen wurden, hat der ältere anscheinend leichtere Verletzungen am Kopfe erlitten. Sie haben mit dem Zünder einer Handgranate, den sie auf der Ablagerung im Werautal gefunden haben, gespielt und der Zünder ist dabei explodiert.

Schwerin. Sozialdemokraten in den Stadtverwaltungen. Eine interessante Uebersicht über die Bürgerausschußwahlen in beiden Mecklenburg hat der demnächst in Schwerin tagende Städtetag für seine Mitglieder zusammengestellt. In folgenden 14 Städten hat die Sozialdemokratie die Mehrheit: Wismar 20 Sozialdemokraten und 19 Bürgerliche; Boizenburg 7 zu 5; Malchow 8 zu 7; Schwaan 6 zu 5; Laage 4 zu 3; Krakow 6 zu 3; Warin 7 zu 5; Neubukow 5 zu 4; Friedland 11 zu 5; Lübz 16 zu 7; Goldberg 6 zu 3; Tessin 5 zu 4; Kröpelin 7 zu 5, Penzlin 9 zu 3. In 17 Städten herrscht Stimmengleichheit: In Rostock 33 zu 33, Malchin und Crivitz je 8, Bützow, Grabow, Plau, Gnoien, Stavenhagen, Röbel, Wittenburg, Dömitz, Sternberg, Woldegk und Wesenberg je 6, Neustadt je 3, Neubrandenburg je 12 und Schönberg mit je 2 Vertretern. Bürgerliche Mehrheiten sind in folgenden 17 Städten vorhanden: Schwerin 32 Bürgerliche gegen 18 Sozialdemokraten, Güstrow 16 zu 14, Parchim 20 zu 16, Waren 10 zu 8, Teterow 13 zu 3, Ludwigslust 9 zu 3, Doberan 7 zu 5, Grevesmühlen 7 zu 5, Ribnitz und Hagenow je 8 zu 4, Gadebusch 7 zu 5, Neukahlen 9 zu 3, Sülze 7 zu 6, Rehna 9 zu 3, Marlow 6 zu 4, Brüel 5 zu 4, Neustrelitz 11 zu 7, Strelitz 9 zu 6, Fürstenberg 7 zu 5, Stargard 8 zu 4.

Bremen. Bürgerschaftswahlresultate. Bis 12 Uhr nachts lagen aus sämtlichen Bezirken der Stadt Bremen die Wahlresultate zur Bremer National-Versammlung vor. Es erhielten: Mehrheitssozialisten 40 763, U. S. P. D. 24 872, Kommunisten 10 739, Demokraten 24 774, Landes-Wahlverband 16 037, Christliche Volkspartei 2563. Kleinhandel 5688, Berufsangestellte 1343, Kaufmännische Angestellte 864, Ungültig 228. Das endgültige Resultat der Landgebiete liegt noch nicht vor. Es dürfte aber sicher die Tatsache noch stärker hervortreten lassen, daß der weit überwiegende Teil der Bremer Arbeiterschaft hinter der alten sozialdemokratischen Partei steht.

Theater und Musik.

Stadttheater. Die Kammerspiele gaben gestern Friedrich Neubauer, dem verdienstvollen Dramaturgen, Regisseur und Schauspieler unserer Bühne, als Dichter das Wort. Neubauer hat auch als Dichter etwas zu sagen; sein „Mord an Gott", der von ihm hier schon früher wiedergegeben wurde, ist in Form und Inhalt eine flammende dichterische Anklage gegen den Krieg und diejenigen, die ihn priesen oder mitmachten. Ein in düstersten Farben gehaltenes kleinbürgerliches Nachtbild, das auf der Bühne nicht packend, sondern mehr abstoßend wirkt, ist „Mutter" betitelt. Der Vater erwürgt sein geliebtes krankes Kind, weil dessen Verlangen nur nach der Mutter geht. Dann endet er sein Leben im Donau-Kanal. Den Schluß bildete „Der Herrgottshauer", der Akt einer Tragödie, die Kraft und Glauben in Konflikt miteinander bringt. Auch dieses Werk ist von seinem Verfasser hier bereits einmal vorgelesen worden. Zum inneren Miterleben zwingt es den Zuschauer nur in geringem Maße. Gestern blieb manches im österreichischen Dialekt zu leise gesprochene Wort unverständlich, was für die Wirkung nicht förderlich war. Brachten demnach die Kammerspiele gestern auch keinen dauernden Gewinn, so ließen sie doch das ernste Streben eines Werdenden erkennen.

P. L.

Neueste Nachrichten.

Mordende Spartakisten. — Standrecht in Berlin.

Berlin, 10. März. Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten Lichtenberg und unternahmen einen Rachezug gegen die Polizeiwache 1 des Reviers, die am Dienstag einen Angriff der Spartakisten unter beiderseitigen Verlusten abwies. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachtmeister und Soldaten, nach der „B. Z." angeblich sechzig an der Zahl. Die „B. Z." meldet ferner hierzu: Im Laufe des Sonnabends wurden einige Fahrzeuge, die zum Verpflegungsempfang für das Freiwilligenkorps abgesandt worden waren, in der Warschauerstraße von einer hundertköpfigen Menge angehalten, die Besatzung mißhandelt und entwaffnet. Von der aus sieben Mann bestehenden Besatzung kehrten fünf Mann zurück, die unter Eid folgendes aussagten: Wir passierten gegen zehn Uhr die Warschauerstraße und wurden sofort überfallen, geknebelt und nach dem Ausweis gefragt. Daraufhin wurden wir in das Omnibusdepot in der Warschauerstraße gebracht. Wir sollten mit achtzehn Leuten zusammen erschossen werden. Die Erschießung auf dem Hofe, der wir beiwohnten, wurde von früheren Verbrechern und Zuchthäuslern ausgeführt, während die eigentlichen Spartakisten dem Treiben ohne Waffe zusahen. Die Leute, die vor uns vernommen worden waren, wurden zu je achtzehn vor die Verpflegungswagen gestellt und beim Hinaufklettern auf die Wagen erschossen. Wenn die Wagen voll Leichen waren, fuhren die Spartakisten ihre Opfer ab. Auf dem Hof des Omnibusdepots spielten sich furchtbare Szenen ab. Die gefangen genomenen Kriminalbeamten, ungefähr sechzig an der Zahl, wurden geschlossen durch die Spartakisten alle durch Kopfschüsse getötet. Die Beamten, die sich zur Wehr setzen wollten, wurden teilweise von vier bis fünf Spartakisten gehalten, während der sechste mit der Pistole ihnen zwischen die Augen schoß. Auf dem Lichterfelder Postamt wurde alles kurz und klein geschlagen und die Postkasse, in der sich im Durchschnitt 60—80 000 Mark befinden, beraubt. Die Besetzung des Bahnhofs Lichtenberg und des Fernsprechamtes erfolgte bald darauf. Die Fernsprechleitungen wurden zerstört und die einmündenden Gleise auf größere Entfernungen unbrauchbar gemacht.

Ganz Lichtenberg ist zerniert und von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Die nach Treptow, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen, Weißensee und Neukölln führenden Straßen sind vollständig abgesperrt. Der Mob plündert allenthalben. In Weißensee und Friedrichsfelde versuchten die Spartakisten Gewalttaten.

Diese Nachrichten überbieten alles, was bisher über den Terror gemeldet wurde. Fast scheinen sie Unglaubliches in sich zu bergen. Aus der Luft gegriffen können sie aber kaum sein, wie das nachstehende Telegramm beweist.

Berlin, 10. März. Der Oberkommandierende in den Marken, Reichswehrminister Noske, erließ folgende Anordnung: „Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen."

Berlin, 10. März. Der Angriff gegen die Spartakisten hat heute morgen um 6 Uhr begonnen. Die Spartakisten haben im Lichtenberger Stadtpark 4 Kanonen aufgestellt und beschießen von dort aus die an der Ringbahn—Frankfurter Allee gelegenen Häuser. 4 Häuser sind schwer beschädigt. In der Nacht fanden kleinere Kämpfe statt. Am Gesundbrunnen hielt die Menge ein Automobil an, nahm die Besatzung gefangen und plünderte die Lebensmittel im Wagen, der dann umgestülpt und verbrannt wurde.

Berlin, 10. März. Den Regierungstruppen ist es am Sonntag abend im Schutze der Dunkelheit gelungen, das ganze Stadtviertel um das Lichtenberger Polizeipräsidium zu umstellen.

Das „Berliner Tageblatt" meldet: In der Wrangelstraße überfielen Zivilisten ein mit dem Roten Kreuz ausgestattetes Krankenautomobil, rissen die verwundeten Soldaten vor den Augen des entsetzten Publikums heraus und töteten sämtliche Verwundete. Zwei Regierungssoldaten, die als Patrouille bis zum Ringbahnhof Frankfurter Allee vorgedrungen waren, wurden von 15 Bewaffneten festgenommen und mit Kolben solange bearbeitet, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gaben. Ein in einem Nebenhause wohnender Mann versuchte für die Unglücklichen ein gutes Wort einzulegen. Er wurde durch einen Revolverschuß in den Kopf getötet.

Mit ihrer Artillerie beschießen die Spartakisten die nördlichen und östlichen Stadtteile wahl- und planlos. Am Sonntag nachmittag schlugen zehn Granaten in drei Häuser der Zionskirchstraße ein. Von den Bewohnern der Häuser sind zahlreiche Frauen und Kinder getötet oder schwer verwundet worden. Die Straße liegt außerhalb des Kampfgebietes, und es lag nicht die geringste Veranlassung zu einer Beschießung vor.

In der Großen Frankfurter Straße faßten am Sonntag Regierungstruppen drei Plünderer ab, als sie ein Konfektionsgeschäft ausrauben wollten. Gemäß der Verordnung wurden die Plünderer sofort erschossen.

Auf Anordnung des Reichswehrministers Noske haben am Sonntag nachmittag Regierungstruppen die Druckereien der „Freiheit" und der „Republik" besetzt, um den Druck dieser beiden Blätter zu verhindern.

Die Straßenbahner streiken weiter.

Berlin, 10. März. Der größte Teil der Fabriken Groß-Berlins hat die Arbeit aufgenommen. Es streiken die Angestellten der Straßenbahn- und Omnibusgesellschaft. Wie die Direktion der Großen Straßenbahn mitteilt, ist an eine Wiederaufnahme des Betriebes vorläufig nicht zu denken, da ihre Forderungen: vorherige Entfernung der freiwilligen Truppen aus Berlin, Bezahlung der Streiktage und Wiedereinstellung Gemaßregelter nicht erfüllt werden konnten.

Kein preußischer Staatspräsident.

Weimar, 10. März. Die Frage, ob auch in Preußen ein Staatspräsident gewählt werden soll, ist endgültig negativ entschieden worden.

Ausstand in Weimar.

Weimar, 10. März. Unabhängig von dem geplant gewesenen und nur unter äußerster Anstrengung vermiedenen Generalstreik sind seit einiger Zeit die Arbeiter der Aktiengesellschaft Eisenbahn- und Militärbedarf auf Beschluß von ungefähr zwei Dritteln der Arbeiterschaft in den Streik getreten. Die Mehrheit der Arbeiter sowie der Beamtenschaft hatte bis zum Freitag vormittag 10 Uhr den Rücktritt des technischen Direktors Wehe verlangt, da man diesem die Schuld gibt, daß der kürzlich vereinbarte Tarifvertrag noch nicht in Kraft getreten ist. Wahrscheinlich wird Direktor Wehe weichen müssen.

Die Streikbewegung im Ruhrbezirk.

Bochum, 10. März. Der Ausstand auf den Zechenanlagen „Deutscher Kaiser" und Zeche „Lothringen" dauert fort. Auf den Zechen „Wilhelmine Viktoria" 1 und 4 in Gelsenkirchen und der Zeche „Admiral" in Hörde bei Dortmund haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt jetzt 20 000.

Belagerungszustand über Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. März. Wegen neuer Propaganda zugunsten eines Generalstreiks wurde der Belagerungszustand verhängt. Unter den Forderungen steht die Freilassung und Amnestie der verhafteten Spartakisten sowie die Zurückziehung der Truppen obenan.

Zur Lebensmittelhilfe.

Karlsruhe, 10. März. In Spaa hat man sich über die Bedingungen geeinigt für die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland gegen Uebergabe der deutschen Handelsflotte. Die Alliierten betonen, daß sie die Verpflichtung auf sich genommen haben, Lebensmittel zu liefern, daß sie aber den Deutschen nicht zugestehen könnten, über die weiteren Einfuhrmodalitäten mitzureden.

Die Lebensmittellieferung.

Amsterdam, 10. März. Reuter meldet aus Paris: Der Oberste Rat nahm die Vorschläge an, wonach die unterbrochenen Verhandlungen in Spaa in Brüssel wieder aufgenommen werden sollen. Darin wird vorgesehen, daß zugleich mit der Auslieferung der Schiffe die Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte mit Lebensmitteln im Werte von 100 Millionen Pfund Sterling erfolgen soll. Die Zahlung soll teils in Kohlen und Kali, mit deutschen Guthaben in neutralen Ländern, teils mit ausländischen Wertpapieren im Besitze Deutschlands erfolgen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (10289
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Die Kranken aus Privat- und Kassenpraxis werden gebeten, zu ihren früheren, jetzt aus dem Felde heimgekommenen Aerzten zurückzukehren

Aerztlicher Verein zu Lübeck.

10329)

Dem geehrten Publikum von Marli zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Geschäft am 11. d. Mts. wieder eröffnet habe.

Reelle und schnellste Ausführung zugesichert. (10327

Hochachtungsvoll

Heinr. Brümmer
Schuhmacher
Kottwitzstraße 18.

Kleber

in Pulverform
besser wie Wiener
½ Pfd. 1,60 bei

C. Grimm Nachfl.
Leder- und Schäftehandlung.
10301

Tel. 1473

Zahle für (10322
Stutz-, Schweif-, Pferdehaare, trockene Schweinshaare, Hausstandslumpen, alte Krollhaare, Zeitungen, Akten, Geschäftsbücher, altes Eisen sowie alte Metalle, Hasen- u. Kan.-Felle höchste Tagespreise.

Lissauer
Kleiner Schrangen 8.

Vorrätig!!!

ff. gesüsster Essig, Speiseessig, Einmacheessig, Doppeleessig, Essigsprit, Weinessig, Suroleessig, Kirschextraktsaft süß, Himbeer- und Zitronensaft künstlich gesüßt gemischten Saft mit Zusatz von Zucker, Johannisbeer sauer, genehmigte Ware. **Dr. Günthers Sparpulver,** genehmigt (Qualität wie früher), Eipulver usw. (10317
Ludwig Wiegels, Fischergr. 60
Fernsprecher 8647.

Kastenblockwagen

besonders stark, billig. (10293
Beckergrube 5 II.

Altes Gold u. Silber

sowie Gebisse und Münzen wird gekauft. (10288

Joh. Tollgreve, Goldschmied,
92. Königstr. 92.

Extra starke Blockwagenräder

wieder eingetroffen (10294

C. Bliesath Wwe, Sandstraße 9.

Tonnen- u. Spülbalgen

billig zu verkaufen. (10325

Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Himbeer- und Johannisbeerpflanzen, Rhabarberpflanzen, Gemüsesamen

empf. **Schelm & Wege,**
10286) Mengstraße 1.

A. Boldt, Hansastraße 30a, II.

empfiehlt sich zur **Neuanfertigung,** zum **Kehren u. Aendern** von Herren- u. Damen-Garderoben, sowie Umarbeiten von Militärkldt. — Konfirm.-Anz. — **Billige Preise.** schnellste Bedienung. (10287

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (10291
Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß, Uhrmacher,
Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

Hausstandslumpen, Pfund 12 Pfg. aufwärts, **Stutz-Pferdehaare,** Pfund 10 Mk. aufwärts, **Eisen, Metall, Papier, Zeitung, Knochen, Kälb-, Hämmen- u. Schweinehaare** kauft zu höchsten Tagespreisen. (10290
Tel. 2490. **Weißenburgstr. 25.**

Postkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Sie kaufen im Holstenhause

in neuer, entzückend schöner Ausführung — und dabei vor allem

sehr preiswert

Elegante Schleierstoff-Blusen
weiß und farbig 49.50 42.00 39.50 34.50 **29.50**

Elegante Seiden-Blusen
hell und dunkelfarbig . . . 85.00 79.50 65.00 57.00 **48.50**

Praktische Haus-Blusen in reicher Auswahl

Kleider-Röcke
in modernem, tadellos sitzendem Schnitt aus einfarbigen und gemusterten Stoffen

Regen-Mäntel

in Seide und anderen imprägnierten Stoffen

195 Mk. 165 Mk. 129 Mk. 98 Mk.

Holstenhaus

G.m.b.H. Holstenstraße 25-33 Lübeck.

Tel. 1473.

Zahle für (1032
ausgekämmte Frauenhaar
pro Pfund Mk. 8.—.

Lissauer
Kleiner Schrangen 8.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands
Sitz Berlin
Ortsgruppe Lübeck.

Monats-Versammlung

am Dienstag, dem 11. März abends 8 Uhr
in der Aula des Johanneums

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir vollzähliges Erscheinen der Mitglieder. (1029
Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Sektions-Versammlung

der
Hausdiener, Fensterputzer, Austräg. u. Austrägerinnen

am Dienstag, dem 11. März abends 8 Uhr
im Gewerschaftshaus
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:
1. Berichte.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht
10298) **Der Vorstand.**

Verein lübeckischer Staatsbeamten.

Versammlung

am Montag, dem 10. März abends 7½ Uhr
in den **Zentralhallen.**
T.-O.: **Ungeteilte Arbeitszeit. Teuerungszulage.**
Mitglieder erscheint in Massen.
10264) **Der Vorstand.**

---

2. heiterer Niederdeutscher Abend

von (10333
Wilhelm Corssen
am Dienstag, d. 18. März
im Marmorsaal des Stadttheaters.
Anfang 7½ Uhr.

Karten zu Mk. 4, 3 und 2 im **Odeon-Musik-Haus,** Breite Str. 53 und an der Abendkasse.

Hansa-Theater.

Montag, abends 7 Uhr:
Die Czardasfürstin.
Operette v. Emerich Kalman.
Dienstag: 10318
Neu einstudiert!
Der verliebte Herzog.
Mit Edgar Pauly.
Mittwoch:
Drei alte Schachteln.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.
10312

Dienstag, den 11. März:
Der heilige Florian
Mittwoch, den 12. März:
Tiefland.
Sebastiano: Herr Otto Köpig vom Stadttheater in Regensburg.
Donnerstag, den 13. März:
Für Jedermann.
Frühlings Erwachen.

Freiwillige 81. Infanterie-Brigade

— gehörig zur 17. Inf.-Div. —

Unsere Grenzen sind durch Polen und Bolschewikiheere bedroht.

Wer Haus und Hof vor dem Elend Rußlands schützen will, melde sich sofort!

Eile tut not!

Ich rechne vor allem auf die Kameraden der
17. Reserve-Division.

Wo sind die bewährten Kämpfer
von Heesen, Wytschaete, Lafaule, Lassigny und le Cateau?

Wollt Ihr im Grenzschutz Ost fehlen?

Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften helft uns, eine disziplinierte Truppe nach den bekannten Bedingungen aufzustellen.

Abzeichen: Goldenes Eichenlaub am Kragen.

Meldestellen: Freiw. J.-R. 162: Eutin bei III./162, Lübeck bei Reg.-Geschz. J.-R. 162 (Marlikaserne)
Freiw. J.-R. 163: Neumünster bei Regts.-Geschäftszimmer,
Ferner: Hamburg, Mönckebergstraße 7 II. Lübeck, Mengstraße 4 bei Brig.-Geschäftszimmer.

Militärpapiere mitbringen.
Eisenbahnfahrkosten werden erstattet. (10304

v. Heynitz,
Generalmajor und Brigade-Kommandeur.

Geldspenden für die Werbetätigkeit an Commerzbank Lübeck erbeten.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung

für die Mitglieder der Warenabgabestellen:

Burgtor: am Dienstag, dem 11. März abends 7½ Uhr, bei Herrn Gastwirt J. Groht, Kottwitzstr. 16.

Holstentor Nord: am Donnerstag, 13. März, abds. 7½ Uhr im Waisenhof, Fackenburger Allee.

Stockelsdorf und Fackenburg: am Donnerstag, dem 13. d. Ms., abends 7½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Paetau in Fackenburg.

Schwartau: am Freitag, dem 14. März, abends 7½ Uhr bei Herrn Gastwirt B. Evers, Klein-Mühlen.

Ahrensböck: am Sonntag, 16. März nachmittags 3 Uhr bei Herrn Gastwirt F. Strehse.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahl zum Genossenschaftsrat.

Um zahlreiche Beteiligung an den Versammlungen seitens der Mitglieder und deren Frauen bittet
10296) **Der Vorstand.**

Die aus den Jahren 1900 bis einschließlich 1912 stammenden Handakten der früheren Rechtsanwälte Emanuel **Fehling & Dr. Küstermann** sollen eingestampft werden.

Klienten, die die Aushändigung von Akten wünschen, wollen sich unter genauer Bezeichnung der Sache und des Jahrganges, sowie unter Einreichung einer Legitimation bis zum 20. März d. J. an uns wenden.

Lübeck, Geibelplatz 4, I.

Dres. Benda, Vermehren, Hoffmann,
Rechtsanwälte u. Notare. (10305

Nr. 58
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag
den 10. März 1919

Nordschleswig dänisch oder deutsch?

Von P. Michelsen, Flensburg, Mitgl. der Natl.-Versammlung.

Der Abgeordnete Dr. Blunk, Mitglied der National-Versammlung, hat nach einem Bericht des Berliner Lokal-Anzeigers vom 24. Februar am Sonntag, dem 23. Februar im Lehrervereinshause in Berlin über die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark Ansichten geäußert, die nicht unwidersprochen bleiben können und die es daher nötig erscheinen lassen, die Abtretungsfrage einmal vom sozialdemokratischen Standpunkte aus zu betrachten, selbst wenn auch Herr Blunk uns deutschen Sozialdemokraten jede Sachkenntnis in dieser Frage abspricht. Herr Dr. Blunk bezieht sich in seiner Rede auf Vorgänge in der Nationalversammlung, wo von allen schleswig-holsteinischen Abgeordneten ein Protest gegen die Regierung vorbereitet worden sei, der aber nicht hätte eingebracht werden können, „weil die Sozialdemokraten sich an die Beschlüsse des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Bern gebunden fühlen.“ Dieser Beschluß des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses hat allerdings die Stellung der Sozialdemokraten beeinflußt, war aber durchaus nicht der alleinige Grund der Ablehnung. Die Sozialdemokratische Partei betrachtet die Zugehörigkeit eines Landes zu einem Staatsverbande nicht lediglich danach, ob der Boden, auf dem eine bestimmte Bevölkerung sich angesiedelt hat, wie in unserem Falle nach vergilbten Dokumenten historisch dänisch oder deutsch ist, sondern danach, zu welchem Volksstamm die Bevölkerung gehört; nicht um größere oder kleinere Stücke Land handelt es sich, sondern um Menschen. Daß aber die Bewohner Nordschleswigs überwiegend Dänen sind, wird auch in der von der Berliner Versammlung angenommenen Entschließung ausdrücklich mit den Worten anerkannt: „Die Wahrheit ist, daß die dänische, ursprünglich aus Skandinavien stammende Bevölkerung, auf dem Lande überwiegt, während die Städte überwiegend von Deutschen bewohnt sind.“ Für bürgerliche Politiker scheint das Wesentliche aber nicht der Mensch, sondern die fette Marschfenne zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei hat in der nordschleswigschen Frage seit jeher eine konsequent grundsätzliche Stellung eingenommen, indem sie immer den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt hat. Sie hat auch bereits in der Zeit der schwersten Bedrückung der Bevölkerung, als sie unter der Knute des preußischen Junkers von Köller seufzte, immer wieder die Rechte der dortigen Bevölkerung vertreten. Diese Stellung nimmt sie auch heute zur nordschleswigschen Frage ein. Und wenn nun die demokratisch-sozialistische Regierung sich diese Grundsätze zu eigen macht (siehe die Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau und die Erklärung des Reichspräsidenten Ebert einem dänischen Journalisten gegenüber), dann wäre es ja politischer Selbstmord, wenn die Sozialdemokratische Partei jetzt ihre Grundsätze ändern wollte, wo ihre jahrzehntealten Forderungen in Erfüllung gehen sollen.

Wie liegen nun die tatsächlichen Verhältnisse in Nordschleswig? Vor mir liegt eine Karte des Prof. Ernst Daenell-Münster, das politische Kräfteverhältnis nach den Reichstagswahlen 1912 darstellend. Danach hat der Kreis Hadersleben 50 Proz. dänische und 41 Proz. deutsche Stimmen abgegeben, Sonderburg 50 Proz. dänische und 50 Proz. deutsche, Apenrade 40 Proz. dänische und 60 Proz. deutsche, Tondern 16 Proz. dänische und 84 deutsche, Flensburg 3 Proz. dänische und 97 Proz. deutsche Stimmen. Wenn das städtische Stimmenverhältnis für die deutsche Bevölkerung günstiger als das auf dem Lande ist, so muß doch berücksichtigt werden, daß in den Städten wesentlich die deutschen Behörden mit ihrer zahlreichen Beamtenschaft ihren Sitz haben und daß hier die eingewanderte deutsche Arbeiterschaft sich vornehmlich angesiedelt hat. Wenn Prof. Danell Seite 28 seiner Darstellung bemerkt, daß die Stadtvertretungen der vier Städte Nordschleswigs heute so rein deutsch seien, wie seit der Einführung der Städteordnung 1869, so darf nicht übersehen werden, daß die Dänen wegen der öffentlichen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen sich nicht beteiligt haben. Dieser Beweis wirkt daher deplaciert. Dann rechnete Prof. Daenell die bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen restlos den deutschen Parteien an. Auch das ist nicht zulässig. Zwar sind die sozialdemokratischen Stimmen überwiegend deutsch; es sind darunter aber eine erhebliche Anzahl Stimmen von Arbeitern dänischer Nationalität. Zweifellos wird eine heute vorgenommene Abstimmung aller über 20 Jahre alten Einwohner in dem rein dänischen Sprachgebiet, eine überwiegend dänische Mehrheit ergeben. Die Sozialdemokratische Partei treibt aber keine Vogelstraußpolitik, sondern rechnet mit realen Verhältnissen, selbst dann, wenn sie für Deutschland ein unerwünschtes Ergebnis haben.

Nachdem nun der Waffenstillstand zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen auf Grund der Wilsonschen Grundsätze zustande gekommen ist, und nachdem die dänische Bevölkerung ihre Rechtsansprüche bei der Entente angemeldet hat, ist es besser, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, als in unfruchtbaren Erklärungen und Entschließungen zu protestieren. Für einen Realpolitiker kann es sich jetzt nur darum handeln, der mit an Dänemark fallenden Bevölkerung deutscher Nationalität von der neuen Staatshoheit die gleichen Rechte in Bezug auf politische Betätigung, Sprache und Kultur zu gewährleisten, sowie die volle Sicherung der aus deutschen Gesetzen erworbenen Rechte — Arbeiter- und Angestelltenversicherung und Pensionsrechte — vertraglich festzulegen. Das ist aber leichter und besser durch versöhnliches Verhandeln, als durch Protestieren zu erreichen. Weiter muß das Augenmerk aller ernsten Politiker darauf gelenkt werden, daß der Handel und Verkehr der deutschen zukünftigen Grenzstädte Flensburg und Tondern sich auch ferner nach Norden hin frei entfalten können und daß den Gewerbetreibenden, vornehmlich den Fischern der Ostseeküste, von Eckernförde bis Maasholm und Flensburg nach wie vor ihre alten Fischgründe, die bis nach Aerö hinaufgehen, erhalten bleiben. Wenn wir das erreichen, dann haben wir die Folgen der Abtretung erheblich gemildert. Vorbedingung für dieses Ergebnis ist aber, daß die Chauvinisten und „Imperialisten“ auf beiden Seiten, sowohl die Dänen im Mittelschleswigschen Ausschuß, als auch die Deutschen im Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig, ihre Unheil bringende Politik einstellen und daß auf beiden Seiten das ruhige Element die Führung behält. Die dänische Regierung steht unseres Wissens auf diesem Standpunkt und wird darin von unserer dänischen Bruderpartei unterstützt. Und auch die deutsche Regierung hat sich seit dem 5. Oktober 1918 bis heute auf denselben Standpunkt gestellt und wir haben daher alle Ursache, sie gleichfalls darin zu unterstützen. Wir verkennen durchaus nicht den großen Verlust, den vornehmlich die deutschen Arbeiter bei der Abtretung sowohl in materieller wie in ideeller Beziehung erleiden. Denn gerade sie werden, losgelöst von dem großen deutschen Arbeitsmarkt und losgelöst von der großen deutschen Arbeiterbewegung und von der deutschen Kultur, am meisten verlieren und daher leicht einer geistigen Verkümmerung oder einem öden Nationalitätenkampf verfallen, wie wir ihn im alten Oesterreich, in Polen und nicht zuletzt in Nordschleswig kennen gelernt haben. Aber auch diese Folgen können nur dann vermieden werden, wenn es auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen gelingt, die Rechte der mitabgetretenen ansässigen deutschen Bevölkerung in jeder Beziehung sicher zu stellen. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, hier wie dort. Und darum protestieren wir nicht mehr, sondern handeln, und zwar nach der Erkenntnis des Unausbleiblichen und darum Notwendigen.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Von Robert Schmidt.

Die Einschränkung, die uns der Krieg in der Lebensmittelversorgung auferlegte, ist nach Abschluß des Waffenstillstandes leider nicht gemildert worden. Die Hoffnung, es würde sich mit dem Abschluß des Waffenstillstandes der Weg für einen freien Austausch der Waren wieder öffnen, dem Welthandel recht bald wieder die Tore geöffnet werden, hat sich als trügerisch erwiesen. Im Gegenteil, die Erschwerungen, die dem Handelsverkehr auferlegt wurden, sind während des Waffenstillstandes härter, als der Krieg sie zeitigte. Die Einfuhr aus den neutralen Ländern steht unter noch strengerer Kontrolle und Beengung, und um nur ein Beispiel anzuführen: Unsere Fischversorgung ist, da die Fanggebiete durch die Blockadebestimmungen sehr beengt sind in noch höherem Maße in der Herbeischaffung von Seefischen behindert, als zurzeit des Krieges, wo uns die Ostsee zu einem erheblichen Teil offen stand. Alle Bemühungen, bei den Verhandlungen mit den Alliierten, hier eine Besserung herbeizuführen, sind vorläufig gescheitert, sodaß die Hilfeleistung aus eigener Kraft sehr gelähmt wird.

Was die Aussichten unserer Versorgung aus der eigenen Produktion anbetrifft, so waren schon zu Beginn des Wirtschaftsjahres die Aussichten keine sehr angenehmen. Nach den Schätzungen der Reichsgetreidestelle schlossen wir schon mit einem sehr erheblichen Defizit ab, wenn die Ernte uns das bringen würde, was in Ansatz gebracht war. Für Hafer und Gerste stand unter ganz mäßigem Ansatz des Verbrauchs ein Fehlbetrag zu Buch, der eine recht ernste Sorge bereitete. Die Kartoffelversorgung bot dadurch wenig befriedigende Aussicht, daß der Ernteertrag verhältnismäßig gering war, und, obwohl nach und nach die Verwendung der Kartoffel für die Spirituserzeugung bis auf das äußerst erträgliche Maß herabgedrückt, ferner die Kartoffel nicht mehr zur Brotstreckung benutzt wurde, so ergab sich doch bei den Berechnungen noch ein Fehlbetrag von rund 24 000 000 Zentner. Allerdings besteht noch der unsichere Faktor, welche Bestände überhaupt in den Mieten liegen, denn diese Beträge sind nicht sicher zu schätzen.

Für die Fleischversorgung bot die weitere Aufbringung von Schlachtvieh außerordentliche Schwierigkeiten. Zwar stellten die Landwirte im Dezember v. J. mehr als die angeforderten Bestände Rindvieh zur Verfügung aber bereits Ende Januar hörte dieses vermehrte Angebot auf. Man darf annehmen, daß der Futtermangel zum Abstoßen großer Viehbestände drängte. Dazu kam die Unsicherheit der politischen Lage, die es dem Landwirt zweckmäßig erscheinen ließ, eine Minderung der Viehbestände vorzunehmen. Die Reichsfleischstelle war deshalb in der Lage, eine Erhöhung der Fleischration in Vorschlag zu bringen, sie befindet sich aber gegenwärtig bereits in großer Bedrängnis, aus der uns nur die amerikanische Einfuhr befreien kann.

Unsere Schweinebestände sind auf 10 Millionen gesunken, das heißt weit unter die Hälfte des Friedensbestandes. Die letzte Zählung unserer Rindviehbestände wies einen Rückgang von über rund 3 Millionen Stück unter dem Friedensbestand auf. Schwer ist dabei auch in unsere Milchkuhbestände eingegriffen. Infolgedessen ging im Jahre 1918 nach einer ungefähren Schätzung der Milchertrag auf 11,4 Milliarden Liter zurück gegen 15,6 Milliarden, die noch im Jahre 1916 erzielt wurden. Die Produktion von Butter sank von 320 000 Tonnen im Jahre 1916 auf 240 000 Tonnen im Jahre 1918, und sie wird in diesem Jahre kaum 190 000 Tonnen erreichen. Die Erzeugung von Margarine ging unter dem Mangel an Rohstoffen und Oelen erheblich zurück, sodaß wir nahezu vor einer Katastrophe stehen, wenn die Hilfe in der Einfuhr ausbleibt. Besonders ernst ist die Lage für unsere Großstädte, die mit ihrer Milchverteilung an die Kinder immer weiter heruntergehen müssen. Das rechtsrheinische Gebiet ist in eine geradezu entsetzliche Lage geraten, weil diese Gebiete in Friedenszeiten zu einem erheblichen Teil aus dem linksrheinischen Gebiet ihren Bedarf deckten. Jetz ist ihnen dieser Bezug gesperrt.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

86. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Wer ist die kleine Tränengratulantin?“ fragte Rohaschek scherzend seine Frau, mit der er, sie unterm Arm hebend, die letzten Stufen emporstieg.

„Eine kleine Wahlverwandte von mir, über die ich dir später mehr erzähle, Hans. Einstweilen tu mir die Liebe, sie freundlich aufzunehmen, herzlich als Gast zu behandeln.“

„Als Gast? Ach, du hast sie zum Besuch da?“

„Freilich. Schon während unserer Reise befand sie sich in Rosas Obhut, die sehr an dem Kinde, das Kind an ihr hängt.“

„Hm.“

Das junge Ehepaar betrat sein neues Heim, der Kapellmeister kaum bemerkbar den Kopf schüttelnd. —

Zunächst begann jetzt ein Rundgang durch sämtliche Wohnungsräume, deren Einrichtung, durch Rosa und einem Tapezier nach Danielas Plan gewissenhaft ausgeführt, das ganze Entzücken der jungen Hausfrau hervorrief. Mehrfach hängte sie sich in ihres Gatten Arm ein oder lehnte sich voll Zärtlichkeit an seine Schulter, immer auf dies und jenes freudig hinweisend und oft mit dem Ausruf:

„Sieh nur, Hans, wie reizend, wie geschmackvoll! Findest du nicht? In der Wirkung noch weit stimmungsvoller, als ich es mir dachte.“

„Gewiß, sehr schön. Alles vornehm und doch auch gemütlich. Ein Künstlernest, wie es sein soll.“

Das war ja ganz gewiß auch Rohascheks Empfinden, nur vermochte er, unstet wie in seinem ganzen Wesen, nicht so lange bei jeder Einzelheit zu verweilen, wie die detaillierende Bewunderung seiner Gattin.

Auch begann sich nach einer überstandenen Nachtfahrt von sechs Stunden sein Morgenappetit zu regen, und es währte denn auch gar nicht lange, bis er ein Wörtchen von knurrendem Magen verlauten ließ.

„Hast recht, du Armer“, stimmte Daniela ihm entgegenkommend wie in allen Stücken freundlich bei. „Rosa“, befahl sie der Zofe, die man durch die offene Tür im Speisezimmer schon mit dem Auftragen eines reichlichen Frühstücks nach nordischer Art beschäftigt sah, „putet euch nach Möglichkeit. Den Herrn Kapellmeister verlangt nach seiner ersten Mahlzeit im eigenen Heim. Daher aufgepaßt! Hoffentlich legst du, Rosa mit deiner Verpflegung, ich mit meiner Rosa Ehre ein.“

Und dem entsprach Rosa. Niemand konnte ihr jemals bestreiten, eine vorzügliche Köchin zu sein. Das aber heute zu beweisen, erschien ihr eine ganz besondere Ehrenpflicht, der sie durch ein besonderes Menü für den ganzen Tag gewissenhaft nachkam. —

Rohascheks Dienst begann in einigen Tagen. Die Zeit bis dahin benutzte er auf Bitten seiner Frau noch mehrfach zu kleinen Ausflügen mit ihr in die nächste Umgebung und zu gemeinsamen Spaziergängen in der Stadt.

Letztere aber behagten ihm nie für länger. Kaum waren sie ein halbes Stündchen promeniert, dann zog es ihn ins Café, wo auch gewöhnlich einige Kollegen, gleich ihm schon von der Reise zurück, zu anregender Unterhaltung über die verlebten Ferien und die kommende Saison versammelt waren.

Welch einen ausgezeichneten Eindruck seine junge Gattin auf jeden seiner Bekannten und Berufsgenossen beiderlei Geschlechts hervorrief, wie man ihn von männlicher Seite hundertfach beneidete, beobachtete der Kapellmeister mit Genugtuung, und selbstverständlich unterließ er es auch nicht, diesen und jenen seiner Intimeren zur Besichtigung seines jungen Hausstandes einzuladen. Auch Fräulein Boresco, die Altistin, befand sich unter der Zahl.

„Staunen werdet ihr, wie meine Frau das alles aufgebaut hat“, rühmte er einmal Danielas Sinn für Raumkunst und ihren Geschmack, indem er anerkennend ihre Schultern klopfte.

„Wie denn, gnädige Frau haben selbst —?

„Natürlich disponiert nur“, redressierte die Gepriesene das Uebermaß von Lob. „Ich verteilte unsere Möbel in die Zimmer, wie sie hinein- und zueinander passen, machte dann Zeichnungen und —“

„Aber jetzt zu einer kleinen Karambolage!“ ermunterte Rohaschek, seine Gattin rücksichtslos unterbrechend, den seriösen Baß Sandkuhl und seinen ersten Konzertmeister Harthausen, die sich gerade mit Daniela unterhielten. Alles langweilte ihn nur zu bald, rasch war ihm alles zu viel von einer und derselben Sache.

Daniela schüttelte lächelnd den Kopf, in diesem Falle doch etwas frappiert über seine Unerzogenheit.

„So geht's nun, wenn man verheiratet ist, Fräulein Boresco,“ sagte sie, sich zum Scherz zwingend, während sie sich viel eher seinetwegen etwas schämte. „Nach der Hochzeit glauben die Männer gar keine Rücksicht mehr auf uns nehmen zu müssen. Heiraten Sie nicht.“

„An Mann wie den Ihrigen? Aberschleunigst, gnä Frau, lieber noch gleich zwei“, entgegnete Fräulein Boresco. „So an lieben Kerl, wie grad mein Meister! Sie können halt von Glück sagen, meine Beste.“

Daniela lachte. „Dieser Tun —!“

19.

Nun spielte die neue Opernsaison schon fast sechs Wochen. Der Oktoberanfang nahte mit Riesenschritten.

Bisher hatte Rohaschek, jetzt wieder ganz und gar Theater, sich um Berta, die während seiner Anwesenheit im Hause meist mit Rosa in deren Zimmer verweilte, kaum gekümmert. Er hörte nur, aber ohne jede Spur von Anteilnahme, gelegentlich von seiner Frau, daß sie jene kleine Balletteleoin und das Kind der inzwischen verstorbenen Frau Meritz sei.

Schwerer als sie gedacht, gestaltete sich durch seine ablehnende Haltung für Daniela die Aufgabe, mit der Nachricht von seiner Zusammengehörigkeit mit Berta als mit seinem Töchterchen freudig vermittelnd ans Tageslicht zu treten. Es galt, weiter zu laviereu. —

Einmal war der Kapellmeister anscheinend schlechter Laune aus der Probe nach Hause gekommen und fand dort seine Frau damit beschäftigt, Berta in den Elementarfächern zu unterrichten. Verstimmt, wie er schon war, ärgerte er sich darüber aufs neue und stellte die Frage, wie lange denn nun der Besuch des ihnen doch immerhin fremden Kindes noch dauern solle.

Geschickt wußte Daniela diesmal noch einer direkten Antwort auszuweichen, schwieriger aber wurde ihr das, als sie erst einmal, dann zum zweiten Male auf einem Spaziergang mit Berta ihrem Gatten in den Anlagen begegnete.

Jetzt wünschte er nun energischer, dem Verbleiben des Kindes in seinem Hause sollte ein Ziel gesetzt werden, und erklärte das seiner Gattin, die er zu einer Rücksprache deswegen in ihrem Boudoir aufsuchte.

„Aber was stört dich denn das kleine Ding, Hans? Du siehst sie ja kaum und wenn du sie siehst, verhält sie sich ruhig und artig.“

„Mag sein, aber die ganze Geschichte behagt mir nicht mehr.“

„Kosten für dich sind damit auch nicht verknüpft, denn was Berta gebraucht, bestreite ich. Nebenbei gesagt — kaum der Rede wert.“

„Zugegeben — aber ich wiederhole dir, Daniela: die Sache als solche ist's — ich will, daß sie zu Ende kommt.“

„Traurig, Hans,“ klagte Daniela, traurig für mich, die ich der Mutter versprach, mich des Kindes anzunehmen, —“

„Warum tatest du so was!“

„Traurig für die Kleine, die ich dich gerade bitten wollte, hier in der Schule anmelden zu dürfen.“

Rohaschek fand zunächst keine Worte. Dann fuhr er auf:

„Hier — hier in der Schule? Soll das etwa heißen: zu dauerndem Verbleib bei uns?“

„Ja.“

Fortsetzung folgt.

Diese kurze Uebersicht läßt erkennen, daß es bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres keinem Zweifel unterlag, daß die Versorgung mit Lebensmitteln für die deutsche Bevölkerung bis zu Ende des Wirtschaftsjahres nicht mehr möglich war. Vom Standpunkt der Lebensmittelversorgung mußte der Krieg zu Ende geführt werden, weil wir vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch standen; nur die Hilfe des Auslandes konnte uns noch retten. Aber dieser ungünstige Stand unserer Ernährungswirtschaft verschlimmerte sich noch, als durch die politischen Unruhen die Störungen im Transportwesen und in der Fabrikation der Nahrungsmittel eintraten. Dazu kam die unsichere Lage im Osten, wo wir ein größeres Versorgungsgebiet, die Provinz Posen, verloren haben. Posen ist insbesondere Lieferungsgebiet für Getreide und Kartoffeln. Seine Ausschaltung als Lieferant steigert das Mißliche unserer Lage. Wenn wir auch unmittelbar mit keinem Zusammenbruch zu rechnen haben, insbesondere unsere Brotversorgung noch für einige Monate aufrecht zu erhalten ist, so bleibt dennoch die große Befürchtung bestehen, daß, wenn wir nicht schon im Laufe dieses Monats auf eine beginnende Zufuhr rechnen können, ein recht gefahrvoller Zustand in der Ernährungswirtschaft eintritt.

An erster Stelle steht für unseren Bedarf Fleisch, Fett und Milch. Das sind die Nahrungsmittel, die wir unmittelbar dringend bedürfen, da sonst ein weiteres Herabdrücken des Ernährungsstandes eintreten müßte. Die fehlenden Kartoffelmengen werden wir durch eine Einfuhr vom Auslande nicht decken können; hier stehen uns als Ersatz Nährmittel, wenn auch in sehr bescheidenen Mengen, zur Verfügung, außerdem Dörrgemüse und Salzgemüse, die sehr reichlich vorhanden sind und nunmehr frei auf den Markt kommen. Aber es besteht kein Zweifel, daß diese Nahrungsmittel kein vollwertiger Ersatz für die fehlenden Kartoffeln sind. Leider gestaltet sich unsere Viehaufbringung so ungünstig, daß wir genötigt sein werden, zur Schonung der Viehbestände die in Aussicht stehende Fleischeinfuhr in die Fleischration aufzurechnen, um nicht weiter in unsere Milchkuhbestände eingreifen zu müssen.

Die Zwangswirtschaft soll im Reichsernährungsamt nur in dem Umfange aufrechterhalten werden, wie es unbedingt notwendig ist. Ueberall da, wo es möglich ist, den Markt wieder einigermaßen zu versorgen, soll dem freien Handel das Tätigkeitsgebiet wieder eröffnet werden. Aus dem Grunde sind bereits Dörrgemüse und Sauerkohl, allerdings mit Aufrechterhaltung der Höchstpreise, freigegeben. Faß- oder Salzgemüse wird in nächster Zeit vollständig dem freien Markt überantwortet, ohne eine Bindung der Kleinhandelspreise. Die Einfuhr von frischen Südfrüchten ist bereits freigegeben und vom 1. April ab soll Frühgemüse gleichfalls ohne Beschränkung freigeben werden; dabei ist vorgesehen, daß die Höchstpreise aufgegeben werden. Allerdings muß im Interesse unserer Finanzen die Einfuhr unter die Kontrolle der Verwendungsmöglichkeiten unserer Zahlungsmittel gestellt werden. Der freie Handel wird mithin Gelegenheit haben, den Beweis zu erbringen, wie weit er den Markt versorgen kann und ob es zu erträglichen Preisen möglich ist. Die Erfüllung dieser beiden Anforderungen steht allerdings auf einem sehr unsicheren Fuße.

Es ergibt sich mithin, wie dringend für uns das recht schnelle Zugangbringen der Lebensmitteleinfuhr geworden ist. Wir würden wahrscheinlich heute schon mit dem Beginn der Lebensmitteleinfuhr zu rechnen haben, wenn es uns gelungen wäre, auf einigen Gebieten der inländischen Produktion so die Leistungsfähigkeit zu steigern, daß wir mit einer Ausfuhr rechnen können. Wichtig für die Ausfuhr wäre insbesondere Kohle, Kali, chemische Produkte, Porzellan, Glas, Erzeugnisse, an denen wir sonst reichlich im Ueberfluß hatten und die uns jetzt gleichsam als Zahlungsmittel dienen können. Alle diese Produktionszweige mußten ihre Leistungsfähigkeit einschränken, weil sie unter dem Kohlenmangel dazu gezwungen waren. **Die Störungen unserer Produktion im Inlande sind deshalb in hohem Maße mit verantwortlich dafür, daß wir zu keiner besseren Lebensmittelversorgung kommen,** und wir werden auch für die kommenden Monate, nach Einsetzen der Einfuhr, nicht zu einer besseren und reichlicheren Versorgung kommen, weil es uns an Zahlungsmitteln fehlt und das Ausland uns keine Kredite gewährt. Wir sind kreditunfähig im Hinblick auf unsere Lage im Innern, weil die Volkswirtschaft das denkbar ungünstigste Gepräge zeigt. Deshalb muß immer wieder betont werden bei allen Lohnbewegungen, die gegenwärtig unser Wirtschaftsleben erschüttern, daß die Rückwirkung einer verminderten Produktion und mangelhaften Leistungsfähigkeit sich an der Arbeiterklasse selbst in der denkbar schlimmsten Weise bemerkbar machen wird. Kommen wir aus dieser üblen Gestaltung unserer Wirtschaftsverhältnisse nicht heraus, zertrümmert die Arbeiterschaft die Werte selbst, die wir notwendigerweise für den Aufbau unserer Lebensmittelversorgung und unseres ganzen Wirtschaftsbetriebs brauchen, **dann stehen wir in einigen Monaten vor dem Nichts.** Das zu verhüten liegt im Interesse **aller**, die eine gesunde, kräftige Entwickelung des freien **Volksstaates herbeiführen wollen.**

Aus Nah und Fern.

Untergegangener japanischer Dampfer. Der japanische Dampfer „Nannohare", der mit einer Ladung Bauholz, Getreide und anderen Waren von Französisch-Indo-China nach Marseille unterwegs war, ist während eines heftigen Sturmes mit Mann und Maus untergegangen.

Pocken in Dresden. In Dresden sind bisher 492 **Erkrankungen** und 56 Todesfälle an schwarzen Pocken zu **verzeichnen.**

Dorenbach Mithelfer eines Raubanfalls.

Bei Verhaftungen, die wegen des Raubanfalles **auf den** Rittergutsbesitzer Quidde in Remlingen **bei Braunschweig** erfolgten, hat man unter den Mithelfern einen gewissen Noack festgenommen, der bei seiner Vernehmung, wie die „Braunschweiger Landeszeitung" meldet, gestanden hat, daß er der **Leutnant Dorenbach** sei, der frühere Führer der Volksmarinedivision in Berlin, die bei den Liebknecht-Unruhen so viel von sich sprechen machte. Daß Dorenbach ein zweifelhaftes Subjekt mit übler Vergangenheit war, ist festgestellt. **Das hat aber nicht gehindert,** daß er in der Spartakistenbewegung eine große Rolle spielen durfte.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die zentrale Erfassung und Verwaltung (1029-

aller Heeres-Räumungsgüter

liegt beim Generalkommando IX. A.-K. Abt. Räumungsgut. Altona, Palmaille 63, I.

Mitteilungen über unbewacht umherliegende Güter solcher Art, auch über unlauteren Handel pp. mit Räumungsgütern werden von obiger Abteilung dankend entgegengenommen.

Nachdem angeordnet ist, daß Wohnungskündigungen nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamts ausgesprochen werden dürfen, wird den Vermietern dringend empfohlen, das Mieteinigungsamt möglichst lange Zeit vor der beabsichtigten Kündigung anzurufen, damit die eingehenden Anträge rechtzeitig erledigt werden können. Bei der großen Fülle der vorliegenden Anträge wird im allgemeinen ein Antrag kaum schneller als in drei bis vier Wochen erledigt werden können. Aehnliches gilt dann, wenn ohne Kündigung ablaufende Mietverträge ihr Ende erreichen sollen. Wird dazu nicht rechtzeitig vom Vermieter die Genehmigung des Mieteinigungsamts eingeholt, so gilt der Vertrag auf unbestimmte Zeit verlängert.

Auch hier soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß nur bei Vorliegen triftiger Gründe eine Wohnungskündigung genehmigt werden kann.

Eutin, den 6. März 1919. (10309

Mieteinigungsamt.

Bekanntmachung.

Von Dienstag, den 11. cr. ab, soll der Umtausch der für die Zeit vom 17. März bis 12. April 1919 gültigen Fleischkarte für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahre, sowie ausnahmsweise der für die oben angegebene Zeit gültigen Fleischkarte für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre, soweit diese noch im Besitz einer Kinderfleischkarte sind, vorgenommen werden. Gegen Abgabe der ganzen Fleischkarte werden Bezugsausweise für

1 Pfund Weizengrieß
1 „ Haferflocken
1 „ Kindernahrung
½ „ Zwieback oder Keks, je nach Vorrat
1 Tafel Schokolade und
4 Eier

ausgegeben. Außerdem werden für Kinder im 10.—18. Lebensmonat Bezugsausweise für 500 Gramm Zucker ausgegeben.

Personen, welche die Fleischkarte für Kinder nicht tauschen wollen, erhalten **gegen Abstempelung** der für die Zeit vom 17. März bis 12. April 1919 gültigen Fleischkarte einen Bezugsausweis für 4 Eier.

Der Bezugsausweis für Eier kann voraussichtlich erst gegen Ende d. Mts. in den durch Anshang des Schildes kenntlich gemachten Verkaufsstellen für Eier eingelöst werden.

Der Umtausch der Fleischkarten findet wie folgt statt:

in der Zeit vom 11.—14. März 1919 von 9—12 und 3—5 Uhr in der Börse (Eingang vom Markt),

in der Zeit vom 15. März bis 12. April 1919 werktäglich von 9—1 und 3—5 Uhr (Sonnabends nachmittags geschlossen!) in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18. II.

Karten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht umgetauscht.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen!

Lübeck, den 8. März 1919. (10316

Das Landesversorgungsamt.

Regierung. Eutin, den 5. März 1919.

Die zur Ausstellung amtlicher Bescheinigungen in den Butterverbrauchsbüchern über den Brennholzbedarf der einzelnen Haushaltungen ermächtigten Stellen haben bei Ausstellung von neuen Butterverbrauchsbüchern die noch nicht zugeteilten Brennholzmengen aus dem alten Buch in das neue zu übertragen. Größere Bedarfsmengen dürfen den Buchinhabern nicht zugeschrieben werden.

10320) **Dr. Meyer.**

Arbeitersekretär

für Rostock gesucht.

Für das Bezirks-Arbeitersekretariat in **Rostock** suchen wir zu sofortigem Antritt einen Sekretär. Gehalt nach Uebereinkunft.

Offerten sind an **Aug. Lettow, Rostock i. M., Patriot. Weg 33, I.,** zu richten. (10819

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Denker für die trostreichen Worte, unseren herzlichen Dank.

Gustav Schulz
10287) und Kinder.

Danksagung.

Allen denen, die unserm lieben Vater, Schwiegervater u. Großvater **Fritz Krüger** die letzte Ehre erwiesen haben, sagen hiermit unsern besten Dank. (10324

Die Angehörigen.

Fackenburg, d. 10. 3. 1919.

Gemeindevorstand Rensefeld.

Rensefeld, den 8. März 1919

Die Wahl der **Mitglieder der Gemeindevertretung** ist auf **Sonntag, den 6. April 1919,** anberaumt worden.

Die Listen der Wahlberechtigten werden

vom 12. März bis 25. März 1919

beide Tage einschließlich

im Hause des Unterzeichneten zu jedermanns Einsicht ausgelegt sein.

Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 25. März 1919 bei dem Gemeindevorstand schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Auf Erfordern sind die Beweismittel für die Behauptungen beizubringen. (10371

Zur Stimmabgabe bei der Wahl werden nur diejenigen zugelassen, die in die Wählerliste aufgenommen sind.

Uesch.

Bekanntmachung der Kriegshilfe.

Abtl. Kleingarten.

Die Abgabe von Sämereien

findet statt:

in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7

vormittags von 8—12 Uhr,
nachmittags von 2—5 Uhr

und zwar für **rote Nummerkarten** am Montag, Dienstag, **Mittwoch**; für **weiße Nummerkarten** am Donnerstag, Freitag, Sonnabend jeder Woche.

Die Sämereien können nur gegen Vorlegung der ausgegebenen Nummerkarten abgegeben werden. (10310

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Abtl. Kleingartenbau.

Jobs. Wandschneider
Marg. Wandschneider
geb. Bruhn.

Vermählte. (10334

Lübeck, d. 8. 3. 19.

Für Gratulationen und Geschenke sowie für die Aufmerksamkeit des A.-Gesangvereins St. Jürgen danken **D. O.**

Danksagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme, sowie für die Kranzspenden beim Tode unseres lieben, unvergeßlichen Vaters und unserer innigstgeliebten Schwester und Schwägerin **Charlotte** sagen wir allen Nahestehenden, der Firma Schelelig u. Nölck, dem Männerturnverein, dem Fachverein selbständiger Schneiderinnen, insbesondere auch Herrn Pastor Jannasch unseren herzlichen Dank.

10285) **Familie Börck.**

Junge Mädchen

als Lernende

für den Verkauf z. sof. oder später ges. (10302

Bielchen,

Breitestraße 30/32.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Warenabgabestelle für Manufakturwaren

Königstrasse 111.

Zur Konfirmation

empfehlen wir:

Kleider, Blusen, Kostümstoffe

in verschiedenen Preislagen und Farben.

Untertaillen, Unterröcke,
Hemden, Beinkleider.

Handschuhe
schwarz, weiß, farbig

Strümpfe
schwarz, weiß

Schürzen
schwarz, weiß, farbig.

Vorhemden, Kragen, Schlipse,
Strümpfe, Socken,
Hosenträger

zu verschiedenen Preisen. (10303

Einz. Dame sucht ordtl. sauberes Tagesmädchen. Sendlitzstr. 17 II.

Saubere Frau zum Reinmachen **gesucht.**
10314) Aegidienstr. 23 I.

Suche sofort zur Aushilfe

1 Arbeitsburschen.

Ludwig Wiegels,
10315) Fischergrube 60.

Gesucht zu sofort ein Knecht oder Arbeiter.

H. Meyer, (10284
Krempelsdorf, Herrendamm 12.

Stellen zum Waschen, Reinmachen u. Plätten werden angenommen. Näh. i. d. Exped. (10336

Kinderbettstelle mit Matratze zu verkfn. (10306) Segebergstr. 22 I.

Ein Fenster zu verkaufen.
10307) Kl. Bauhof 5 pt.

Markstopf u. Rhabarberpflanzen zu verkaufen. (10335
Moislinger Allee 156.

Zu verk. ein kleiner weinroter Bordenhut für jg. Mädchen.
10330) Wakenitzmauer 11 r.

Ein gebrauchtes Herrenrad billig zu verkaufen.
10331) Schlumacherstr. 11 pt.

Zu kfn. ges. Damm'sche Klavierschule u. Musiktasche. Off. erb. unt. **S. F.** a. d. Exped. d. Bl. (10313

Zu kaufen gesucht kleines Haus v. d. Tore. Angeb. unter **V. 15** a. d. Exped. d. Bl. (10300

Ausziehtisch, Bettstelle m. Matr. od. Chaiselongue z. kfn. ges. Ang. unt. **S. Sch.** a. d. Exped. (10299

Guterhaltener Teppich zu kaufen gesucht. (10308) Augustenstr. 19 I.

Eine Wanduhr und ein Paneelbort zu kaufen gesucht. Off. unt. **A. S. 86** a. d. Exped. (10311

Ein guterhaltener Korblehnstuhl zu kaufen gesucht. Angeb. unter **P. 166** a. d. Exped. (10332

Eine saubere jg. Frau ist bereit, ein kleines Kind täglich 3 Mal zu stillen. Zu näh. Auskunft ist bereit die Zentrale für private Fürsorge, Königstr. 19. Sprechstunde von 10 bis 12 Uhr. Fernruf 8744. (10326

Verloren Trauring, gez. L. E. 18. 4. 11. Gegen gute Belohnung abzugeben Adolfstr. 10 a. (10338

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

10197) **Billigste Preise.**

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtg. stets vorrätig

Fernsprecher 2734.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten".